

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelter Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7995.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 8.

Sonnabend, den 20. Februar 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Industrie der Steine und Erden nach der preussischen Berufszählung. — Die Bundesratsverordnung vor dem Reichstage. — Der beendete Kampf in Metten. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Gewährung der Heilmittel seitens der Krankenkassen. — Der „schöne Traum“ der Witwen- und Waisenversicherung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Mary und Darwin. — Aphorismen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Kappelrodt: Firma Saiter in Bühl. — Mülhausen (Els): Granitwerk Södr. — Konstanz: Gymnasium-Neubau. — Radolfzell, Singen und Ueberlingen: Firma Schmal. — Leipzig: Die Firmen Lehmann und Knorr. — Aue (Erzgebirge): Steinbruch Stengler. — Hemsbach: Firma Müth. — Ochsenburg, Deringen, Leonbronn und Kürnbach: Firma Treulle.

Mugsburg. Der Streik bei der Firma Huber wird unsererseits unaufgebrochen weitergeführt. Arbeitswillige sind nicht zu verzeichnen.

Reichenbach (Odenwald). Bei der Deutschen Steinindustrie wird weiter gestreikt. Die Lohnabzüge müssen abgewehrt werden.

Offenbach. Die Verheirateten werden nicht mehr eingestellt. Zugang ist zu vermeiden.

Osnabrück. Am 1. Januar reichten die Kollegen eine Lohnforderung von 5 Pfg. pro Stunde an die Unternehmer ein. Die Firma Louis Steinhauer gab darauf als Antwort, daß sie sämtliche Steinmehlen entließ. Es liegt somit Maßregelung vor. Die Firma will nun unorganisierte Steinmehlen einstellen und sucht solche in auswärtigen Zeitungen.

Chemnitz. Die Unternehmer haben jede Verhandlung abgelehnt. Zugang ist fernzuhalten.

Pilgramsreuth-Neuau. Der bis 31. März laufende Tarif wurde am 31. Januar von unseren Kollegen gekündigt.

Piantenburg (Harz). Am 8. Februar sind die Kollegen der Firma Schönfeld in den Streik getreten. Die Firma sucht wahrscheinlich italienische Streikbrecher. (Bericht sofort erbeten. Redaktion.)

Wendorf. Die Pflastersteinarbeiter lehnten die Lohnreduktionen ab; der Streik ist seit 5 Wochen perfekt. Die Unternehmer wollen aus nationalem Empfinden — russische Arbeiter anwerben.

Wenig-Radwitz. Der Werkführer Ulrich hat aus Rache die gesamte Ortsverwaltung nicht mehr eingestellt. Diesen Schlag wird der Verband zu parieren wissen. — Die Firma Zeibler u. Wimmel in Radwitz ist gesperrt.

Bredenbeck und Hamelspringe. Der Streik bei Chr. Menzing dauert unverändert fort.

Altenhagen und Springe. Die Firma Blöger stellt Unorganisierte ein, während die Einheimischen weiter arbeitslos bleiben sollen.

Wesha. Der Tarif der Granitarbeiter wurde auf 2 Jahre verlängert. Einige kleine Verbesserungen konnten durchgesetzt werden.

Hafferode. Die Aktiengesellschaft „Steinere Renne“ hat den Tarif gekündigt. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Breslau. Am 3. Februar fanden Tarifverhandlungen statt. Die Meister waren recht hartnäckig. Von einer Zulage wollen sie nichts wissen. Eine Einigung kam nicht zustande.

Freiburg (Baden). Die Unternehmer haben Lohnabzüge vorgeschlagen. Die Firma M. Reimann in Almensberg will Akford einführen. Platz Reimann ist gesperrt.

Wyllen (Baden). Die Steinmehlen, welche bei der Stauanlage beschäftigt waren, legten wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Es kommt die Firma Bscholke in Betracht.

Metten. Der Kampf mit der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft ist beendet. Resultat: Die Firma stellt von nun ab sämtliches Werkzeug. Für die Brecher ist auch die Schärfe frei. Den Steinmehlen werden 6 Prozent Entschädigung vom Arbeitslohne zugestanden, müssen aber die Schärungskosten damit übernehmen. (Näheres siehe Artikel.)

Böhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn, alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Siebl gesperrt.

Niederösterreich: Höfelsdorf, Firma Sommer u. Weniger gesperrt.

Salzburg: Fürstenbrunn, Kieser-Bruch, Streik.

Ungarn: Pils-Szanto gesperrt. Fiume-Susak, Marmorwerkstätte Gweppe Sussain boykottiert.

Frankreich: Abainville. Von der Direktion wurden sämtliche deutsche Kollegen entlassen. Es liegt Maßregelung vor. Die Granitarbeiter mögen auf eventuelle Inserate nicht hereinfallen.

Die Industrie der Steine und Erden nach der preussischen Berufszählung.

Bei der Besprechung volkswirtschaftlicher Fragen mußte meist auf die Berufszählung des Jahres 1895 zurückgegriffen werden. Die neueste Zählung fand am 12. Juni 1907 statt; einige kleinere Bundesstaaten hatten zu Beginn dieses Jahres bruchstückweise die Endergebnisse bekanntgegeben. Vor etwa 14 Tagen sind die Ergebnisse der Berufszählung für das Königreich Preußen veröffentlicht worden. Für die Steinarbeiter sind die gefundenen Ziffern von größtem Interesse. Zeigt sich doch, daß in der Steinindustrie der Großbetrieb immer mehr an Boden gewinnt. — Preußen entwickelt sich geradezu in phänomenaler Weise zum Industriestaat. In der Zeit von 1895 bis 1907 stieg Preußens Bevölkerung um etwa 20 Prozent, und zwar von 31 auf 38 Millionen. Mit der Bevölkerungsziffer kann sich Preußen allein mit der französischen Republik messen.

In den 12 Jahren hat sich in Preußen nun folgende wirtschaftliche Entwicklung vollzogen:

	1895	1907
Erwerbstätige im Hauptberuf	13 242 253	18 038 389
In häuslichen Diensten	835 100	812 147
Angehörige ohne Hauptberuf	17 412 982	19 189 357
Berufstote Selbständige	—	3,88
		5,42

Branche	Hauptbetriebe		Nebenbetriebe		Beschäftigte Personen insgesamt	
	1895	1907	1895	1907	1895	1907
a) Steine.						
Marmorbrüche, Marmorfägerei und Schleiferei	88	110	6	4	1103	1681
Schieferbrüche und Verfertigung von groben Schiefermaren	196	200	18	24	2642	5023
Andere Steinbrüche (ausgenommen Kalkbrüche)	1842	1935	281	249	23127	41462
Steinmehlen, Steinhauer, Verfertigung von groben Steinwaren	3789	2351	322	198	18664	16101
Mehlmüller	7	8	2	—	29	57
Spezialsteinwarenfabrikation	—	1	2	—	—	1
Verfertigung von feinen Steinwaren	320	368	12	19	4986	6248
Grabsteinfabrikation	—	451	—	18	—	2390
Erdsteinhändler	80	88	9	9	440	645
Verfertigung von Spielwaren aus Stein	—	1	—	—	—	2
Zusammen	6071	5778	620	516	50992	73510
b) Gewinnung von Kies und Sand.						
Kies-, Quarz- und Sandgruben	404	702	98	191	3551	7014
Sonstige Gewinnung von Kies und Sand	—	168	—	17	—	3245
Zusammen	404	870	98	208	3551	10259
c) Gewinnung und Herstellung von Kalk, Zement, Traß, Gips und Schwerpat.						
Kalk- und Kreidebrüche	—	374	—	29	—	10588
Kalkbrennerei	1139	596	128	74	15928	8904
Mörtelbereitung	—	52	—	6	—	1988
Traßfabrikation und Zementfabrikation	112	288	6	88	14482	21085
Gewinnung von Gips und Schwerpat (Gips- und Schwerpatmühlen)	195	124	24	12	2180	2985
Verfertigung von Zementwaren	—	1497	—	165	—	12862
Verfertigung von Kunststein, Kalksandstein usw.	—	632	—	23	—	8360
Zusammen	1816	3558	208	347	36812	66442
d) Lehm- und Tongrüberei, Karolinggrüberei.						
Lehm- und Tongrüberei	164	164	15	12	2567	3026
Massebereitung für glasierte Tonwaren	1	1	1	—	27	37
Karolinggrüberei	18	6	1	—	364	543
Quarz- und Glasurmühlen	11	6	—	—	100	115
Zusammen	189	177	17	12	3058	3721
e) Lehm- und Tonwaren.						
Ziegelei, Ton- und Steingutgrößen-Fabrikation	9744	8968	391	320	149404	199997
Schwammsteinfabrikation	148	290	5	18	2381	4182
Töpferei, Verfertigung von gewöhnlichen Tonwaren	2872	1928	129	61	15878	16821
Verfertigung feinerer Tonwaren	127	65	1	—	3583	2984
Steingutfabrikation und Veredlung	47	52	1	1	8081	11566
Porzellanfabrikation und Veredlung	300	261	15	34	9181	10608
Verfertigung von Spielwaren aus Ton und Porzellan	8	5	2	1	144	17
Zusammen	13241	11569	544	435	188552	245870
f) Glas.						
Glashütten, Glasveredlung, Glasbläserei	908	1158	29	38	81298	47750
Verfertigung von Spielwaren aus Glas	—	1	—	—	—	1
Zusammen	908	1159	29	38	81298	47751
Gesamtsumme	22629	23111	1811	1566	314258	447468

Die Zunahme der beschäftigten Arbeiter in der Industrie der Steine und Erden betrug innerhalb 12 Jahren = 133 195 oder 42,38 Prozent. Wohl gemerkt, dieser Aufschwung betrifft bloß das Königreich Preußen.

Betrachtung der Gruppe a (Steine).

Wenn die Steinindustriellen die statistischen Ergebnisse studieren, dann werden sie sicherlich über die Endziffern recht ungehalten sein. Das Resultat drückt stereotyp aus: Rückgang der Betriebe, beträchtliche Vermehrung der Arbeiter.

Das Bild zeigt also Hauptbetriebe:

1895	6071
1907	5778

Abnahme 298

Die Hauptbetriebe nehmen also sogar um 5 Prozent ab, und trotz dieser Erscheinung eine Zunahme der Arbeiter, die verblüffend ist. Die Kleinmeister werden nun nicht mehr behaupten wollen, daß die organisierten Arbeiter, in diesem speziellen Falle unsere Verbandsmitglieder, an ihrem Ruin schuld sind. Die „Preussische statistische Korrespondenz“ meint, die Kleinbetriebe (Betriebe

Wie die Statistik bezeugt, sind unter die Berufslosen Selbständigen auch die Unfall- und Invalidenrentner einrangiert, mithin ist diese Zunahme erklärlich. Ob die Gruppierung formal richtig ist, ist eine andre Frage.

Ganz besonders fällt die nachfolgende Zahlenreihe auf. Es gab Selbständige im Hauptberuf:

	1895	1907	Zu- oder Abnahme — absolut in Proz.
Landwirtschaft usw.	1 392 006	1 357 590	— 34 416 2,47
Industrie usw.	1 127 114	1 086 050	— 40 064 3,56
Handel und Verkehr	484 372	590 293	+ 105 921 21,87
Zusammen	3 003 492	3 033 933	+ 30 441 1,01

Die Selbständigen in Landwirtschaft und Industrie zeigen eine nicht unbeträchtliche Abnahme, und dieses Resultat, trotz der 20 Prozent Bevölkerungszunahme. Die marxistische Theorie bewahrheitete sich also geradezu glänzend.

Wir wollen nun die speziellen Ergebnisse für die Industrie der Steine und Erden betrachten.

Anscheinend käme für uns eigentlich nur die Gruppe a in Frage, wo es sich um die Steingewinnung und weitere Verarbeitung handelt. Aber weil die Gruppen b, c, d und e teilweise Berufsangehörige von uns enthalten, so wollen wir auch diese Ziffern mitteilen. Die Zählung in der Industrie der Steine und Erden ergibt:

Branche	Hauptbetriebe		Nebenbetriebe		Beschäftigte Personen insgesamt	
	1895	1907	1895	1907	1895	1907
a) Steine.						
Marmorbrüche, Marmorfägerei und Schleiferei	88	110	6	4	1103	1681
Schieferbrüche und Verfertigung von groben Schiefermaren	196	200	18	24	2642	5023
Andere Steinbrüche (ausgenommen Kalkbrüche)	1842	1935	281	249	23127	41462
Steinmehlen, Steinhauer, Verfertigung von groben Steinwaren	3789	2351	322	198	18664	16101
Mehlmüller	7	8	2	—	29	57
Spezialsteinwarenfabrikation	—	1	2	—	—	1
Verfertigung von feinen Steinwaren	320	368	12	19	4986	6248
Grabsteinfabrikation	—	451	—	18	—	2390
Erdsteinhändler	80	88	9	9	440	645
Verfertigung von Spielwaren aus Stein	—	1	—	—	—	2
Zusammen	6071	5778	620	516	50992	73510
b) Gewinnung von Kies und Sand.						
Kies-, Quarz- und Sandgruben	404	702	98	191	3551	7014
Sonstige Gewinnung von Kies und Sand	—	168	—	17	—	3245
Zusammen	404	870	98	208	3551	10259
c) Gewinnung und Herstellung von Kalk, Zement, Traß, Gips und Schwerpat.						
Kalk- und Kreidebrüche	—	374	—	29	—	10588
Kalkbrennerei	1139	596	128	74	15928	8904
Mörtelbereitung	—	52	—	6	—	1988
Traßfabrikation und Zementfabrikation	112	288	6	88	14482	21085
Gewinnung von Gips und Schwerpat (Gips- und Schwerpatmühlen)	195	124	24	12	2180	2985
Verfertigung von Zementwaren	—	1497	—	165	—	12862
Verfertigung von Kunststein, Kalksandstein usw.	—	632	—	23	—	8360
Zusammen	1816	3558	208	347	36812	66442
d) Lehm- und Tongrüberei, Karolinggrüberei.						
Lehm- und Tongrüberei	164	164	15	12	2567	3026
Massebereitung für glasierte Tonwaren	1	1	1	—	27	37
Karolinggrüberei	18	6	1	—	364	543
Quarz- und Glasurmühlen	11	6	—	—	100	115
Zusammen	189	177	17	12	3058	3721
e) Lehm- und Tonwaren.						
Ziegelei, Ton- und Steingutgrößen-Fabrikation	9744	8968	391	320	149404	199997
Schwammsteinfabrikation	148	290	5	18	2381	4182
Töpferei, Verfertigung von gewöhnlichen Tonwaren	2872	1928	129	61	15878	16821
Verfertigung feinerer Tonwaren	127	65	1	—	3583	2984
Steingutfabrikation und Veredlung	47	52	1	1	8081	11566
Porzellanfabrikation und Veredlung	300	261	15	34	9181	10608
Verfertigung von Spielwaren aus Ton und Porzellan	8	5	2	1	144	17
Zusammen	13241	11569	544	435	188552	245870
f) Glas.						
Glashütten, Glasveredlung, Glasbläserei	908	1158	29	38	81298	47750
Verfertigung von Spielwaren aus Glas	—	1	—	—	—	1
Zusammen	908	1159	29	38	81298	47751
Gesamtsumme	22629	23111	1811	1566	314258	447468

mit einer Person) seien deshalb zurückgegangen, weil die Motorkraft immer mehr Verwendung finde, und daß in solchen Betrieben aus finanztechnischen Gründen Arbeiter eingestellt werden müßten, um hauptsächlich die Rentabilität besser zu gestalten. Das stimmt ohne weiteres, aber die statistischen Ergebnisse sagen auch noch, daß die Zahl der Steinbruchbesitzer und Meister um volle 5 Prozent zurückging. An dieser Tatsache gibt's nichts zu deuteln und zu rütteln. Daß sich der Kleinbetrieb in der Steinindustrie nicht mehr rentabel gestaltet, ist hinreichend bekannt. Die Einführung der Maschinen hat den Zwergebetrieben vollends den Todesstoß versetzt. In der Granitindustrie ist der Großbetrieb vorherrschend. Das liegt in der Natur der Sache. In der Marmorbranche, wir haben die Betriebe, wo massive Arbeiten hergestellt werden, im Auge, kann der Kleinmeister mit etlichen tausenden Mark überhaupt nichts unternehmen. Wer einen Marmorbetrieb betreibt, wird die Wahrnehmung machen, daß 20, 30, ja sogar oft über 40 verschiedene Marmororten auf Lager gehalten werden. Dazu sind ungeheure Kapitalien notwendig. Der Kleinmeister kann also nur die Plattenverarbeitung in die Hand nehmen. Am ärgsten hielt sich bisher der Zwergebetrieb noch in der Sandsteinindustrie. Der

Sandstein und dessen Verarbeitung ist billig, und dieses Material findet infolgedessen auch bei kleineren Bauten Verwendung. Deshalb der leichtere Stand. Aber auch in der Sandsteinindustrie werden immer neue Großbetriebe geschaffen und die Lage des Kleinmeisters verschlechtert sich zusehends. — Die Aktiengesellschaften haben auch bei uns schon eine große Bedeutung. Nachstehende Aufstellung gibt darüber Aufschluß:

Aktiengesellschaften	Gegründet	Aktienkapital
Bereinigte Marmorwerke Teuernsee, Marzgrün und Aufspolbing (Sitz Aibling)	10. 11. 1905	750 000
Bayrische Spent- und Marmorindustrie in Nordendorf	7. 3. 1906	150 000
Erste Bayrische Basaltstein-Aktiengesellschaft in Bayreuth	4. 10. 1880	240 000
Deutsche Steinwerke G. Bette A.-G. in Berlin (Hauptbetriebe im Maintal)	7. 11. 1904	1 400 000
Blintendorf. Schieferwerke in Blintendorf	26. 9. 1904	150 000
Odenwälder Harzstein-Industrie A.-G. in Darmstadt	24. 5. 1898	1 606 000
Westdeutsche Marmorwerke in Dortmund	9. 3. 1905	500 000
Birkenfelder Feldspatwerke in Ellersfeld bei Birkenfeld	18. 9. 1905	450 000
Raffaischer Schiefer-Aktien-Verein in Frankfurt a. M.	1879	747 450
Höbinger Quarz- und Propylitwerke in Röhnitz bei Würzen	10. 5. 1899	1 900 000
Sandsteinbrüche Rottweilern A.-G. in Rottweilern bei Birna	19. 4. 1905	200 000
Redlinhäuser Marmorwerke in Siegen	1894	450 000
Solnhofener Aktien-Verein in Solnhofen	23. 1. 1857	750 000
Mitteldeutsche Harzsteinindustrie A.-G. in Steinau (Kreis Schmalkern)	18. 1. 1907	1 000 000
Stein- u. Marmorfägerei Schachenmühle in Straßburg i. Elsaß	1. 7. 1890	350 000
Theumaer Plattenbrüche Akt.-Ges. in Theuma (Bohland)	25. 2. 1899	600 000
Rhein. Sandsteinindustrie A.-G. in Trier	5. 5. 1895	800 000
Granitwerk Steinerne Renne A.-G. in Berniergerode	9. 8. 1899	1 295 000
Ruwerschleier A.-G. in Waldrach b. Trier	1. 7. 1888	200 000
Bayrische Harzstein-Industrie A.-G. in Würzburg	16. 1. 1901	1 200 000
Bergisch-Märkische Steinindustrie in Köln	1887	1 800 000
Steinbruch-Aktiengesellschaft in Köln	23. 3. 1901	600 000
Bereinigte Mollschleiergruben in Köln	6. 12. 1898	600 000
A.-G. Lahnolomitwerke in Limburg	23. 2. 1900	120 000
Basalt-Aktien-Gesellschaft in Linz a. Rh.	2. 6. 1888	10 000 000
Steingewerksch. Offenlothen in München	30. 11. 1889	400 000
Mittweidauer Granitwerke A.-G. in Neudorf	8. 4. 1905	120 000
Obercasseler Basalt-Akt.-Gesellschaft in Obercassel bei Bonn	25. 6. 1897	250 000
Bayrische Granit-A.-G. in Regensburg	5. 11. 1888	1 000 000
Deutsche Steinindustrie A.-G., vorm. Schleier, Sitz Reichenbach i. Oberrh.	23. 9. 1899	1 000 000
Thüringische Schieferbergbau-Gesellschaft in Reichenbach (Thüringen)	24. 4. 1884	87 000

Die obige Aufstellung erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit; wir haben besonders nicht berücksichtigt die Aktiengesellschaften, die sich mit der Herstellung von Zementwaren und Kalk beschäftigen. Kalkbrennereien müssen naturgemäß große Steinbruchunternehmungen unterhalten, damit ihnen das Rohmaterial zugeführt wird. Eine Aktiengesellschaft in der Steinindustrie mit 1 Million Mark Kapital gestaltet sich bedeutend rentabler, als wie beispielsweise eine Maschinenfabrik, in welcher 2 Millionen Mark investiert sind. Warum? Die Steinbruchunternehmungen haben ihre Domizile weit draußen im Lande; Grund und Boden sind billiger zu erwerben und die Erhaltungskosten der Betriebsgebäude sind nicht so enorm, wie die Anlagen und Einrichtungen einer Maschinenfabrik. Das gewonnene Steinmaterial kann ohne weiteres verarbeitet werden, die Unternehmungen in der Maschinenindustrie müssen beim Einkauf der Rohstoffe erst viele Hindernisse überwinden, und sie können sich nicht so leicht Absatzgebiete schaffen, wie es in der Steinindustrie, mit Ausnahme der Denkmalbranche, der Fall ist. Wie die Aktiengesellschaften in der Steinindustrie die Kleinmeister naturnotwendig verdrängen müssen; geht daraus hervor, daß das Werk G. Bette etwa 27 Steinbrüche in den verschiedensten Gegenden besitzt; für die Bayrische Granit-Aktiengesellschaft trifft daselbe zu. Es ist einleuchtend, daß diese Brüche von den genannten Unternehmungen nicht alle erschlossen wurden, sondern daß der größte Teil der Brüche selbständigen Meistern gehörte. Den wirtschaftlichen Aufschwungsprozess bewerkstelligen die Aktiengesellschaften in schönster Glorie.

Ueberhandnahme der Kunststeinfabrikation.

Werfen wir einen Blick in die Rubrik unter c, so finden wir, daß in den 12 Jahren die Kunststeinfabrikation ins Riesenhafte gestiegen ist. Mit der Fabrikation von Zementwaren, Kunststein, Kalksandstein usw. waren beschäftigt:

1895	4 277 Personen
1907	21 722 "

Das gibt ein Plus von 17 445 Arbeitern. Wenn erst die allgemeinen Zahlen für ganz Deutschland vorliegen, dann wird sich die Ausbreitung der Kunststeinindustrie noch gefährlicher ausnehmen. Es ist sicherlich keine Uebertreibung, wenn wir sagen, daß eine Kunststeinfabrik mit 50 Arbeitern mindestens so viel Werkstücke herstellt, als wie ein Steinbruchunternehmen, in dem etwa 400 Arbeiter beschäftigt sind. Diese Konkurrenz wird aber in Zukunft noch bedeutend zunehmen.

Diese Statistik gibt uns aber auch für unsere zukünftige Verbandsstätigkeit mancherlei Fingerzeige. Aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, diese Frage in diesem Artikel mit zu behandeln.

- Die Entwicklung zeigt hauptsächlich folgende Phasen:
1. Betriebsvergrößerungen und Zugrundegehen des Kleinbetriebs.
 2. Enorme Zunahme der Arbeiter, daran sind meist die Ungelernten beteiligt.
 3. Ausdehnung der Kunststeinindustrie.

An der Möglichkeit, unsern Verband noch gewaltig zu vergrößern, fehlt es also nicht. Wir werden nicht umhin können, unsern Verband so auszugestalten, daß er der Entwicklungstendenz der Steinindustrie angepaßt wird.

Die Bundesratsverordnung vor dem Reichstag.

Die im Jahre 1902 erlassene Bundesratsverordnung, die hauptsächlich nur den Sandsteinarbeitern zugute kommt, wird bekanntlich von den Herren Unternehmern frivolo umgangen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Friß Zubeil hielt mit den Steinbruchindustriellen und der Reichsregierung wegen der schlechten Durchführung der Verordnung in der Sitzung vom 6. Februar gründlichst Abrechnung. Der Abgeordnete behandelte die Materie in äußerst sachverständiger Weise. Wir bringen den Teil seiner Rede, der sich mit der Bundesratsverordnung für die Steinarbeiter befaßt, nach dem amtlichen Stenogramm zum Abdruck.

Zubeil führte aus:
Ich komme zu der Bundesratsverordnung vom 22. März 1902 betreffend den Schutz von Gesundheit und Leben der Steinarbeiter. Wie es mit allen Bundesratsverordnungen geht, so auch mit dieser Verordnung. Die Herren Unternehmer pfeifen auf die erlassene Verordnung. Die Strafen, die die Herren Unternehmer bei Uebertretungen zu zahlen haben, sind so niedrig, daß sie sich unangesehen die größtlichen Verletzungen gegen die Verordnungen zuschulden kommen lassen. Alle Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten stimmen in das Klagegedicht ein, daß die Verordnungen, also auch die Verordnung bezüglich der Steinbrucharbeiter, von den Arbeitgebern nicht durchgeführt werden. Selbst aus dem Berliner Gau wird gemeldet, daß die Reinigung der Werkstätten unregelmäßig erfolge, in vielen Betrieben nur einmal in der Woche. Pferdebeställe, Düngerhaufen, Aborte liegen direkt bei den Arbeitsräumen; Frühmühsstuben sind nur in zwei Betrieben vorhanden und werden außerdem noch als Lagerraum benutzt. Die Fenster in diesen Arbeits- und Erfrischungsräumen gehen nach dem Abort hinaus; die Erholungsräume befinden sich über den Pferdebeställen.

Ebenso steht es mit dem § 10 der Verordnung, der in diesen Betrieben Frauenarbeiten verbietet. Aber die Herren Unternehmer richten sich, wie ich schon sagte, nach keiner Richtung nach dieser Verordnung. Sie können aus dem (preussischen) Bericht vom Jahre 1907 auf Seite 184 ersehen, was der Gewerbeaufsichtsbeamte hierüber schreibt. Es heißt da, nachdem in dem Bericht die große Schädlichkeit der Frauenarbeit in den Steinbrüchen unumwunden zugegeben ist:

Eine gründliche Abhilfe in der Frauenarbeit steht erst zu erwarten, wenn die Beschäftigung weiblicher Arbeiter beim Transport und Verladen von Steinen, die jetzt innerhalb der Steinbrüche durch die Bundesratsverordnung verboten ist, auch in den an die Steinbrüche angeschlossenen Kalk-, Dolomit- und Zementbrennereien allgemein untersagt wird. Ferner muß auch klargestellt werden, ob die Befestigung des über und zwischen dem nugharen Gestein liegenden Abraums durch Arbeiterinnen gebildet werden kann. — Leider bietet die Bekanntmachung vom 20. März keine ausreichende Handhabung, dem gesundheitsgefährlichen Heben und Tragen schwerer Steinstücke und der Abfuhr zentnerschwerer Lasten durch Arbeiterinnen in Kalk-, Steinbrüchen und ähnlichen Betrieben nachdrücklich entgegenzutreten zu können.

Wir freuen uns, daß endlich auch in den Kreisen der Gewerbeinspektoren Stimmen laut werden, die die Frauenarbeit in allen Steinbrüchen verbieten wollen. Man sollte glauben, daß es in erster Linie Pflicht einer Regierung wäre, Frauen gegen solche Arbeit zu schützen, denn der moderne Staat, in dem der Militarismus zu Wasser und zu Lande eine so große Rolle spielt, braucht doch gesunde Mütter, um gesunde Soldaten zu erziehen. Die Regierung aber ist blind; wenn es sich um den Profit der Unternehmer handelt, drückt sie beide Augen zu. Bei allen Erlassen und Verordnungen wird nur halbe Arbeit geleistet, die Strafbestimmungen werden so niedrig bemessen, daß man es dem Unternehmer nicht verargen kann, dieselben zu durchbrechen. Jetzt wird in den Kreisen der Besizer von Steinbrüchen sogar eine Petition an den Bundesrat und den Reichstag vorbereitet, die auch die wenigen Schutzbestimmungen gegenüber der Frauenarbeit aufgehoben wissen will, damit sie in Zukunft die Ausbeutung der Frauenarbeit noch unangierter betreiben können.

Wie ungenügend die mit so großen Gefahren verbundenen Steinbrüchebetriebe kontrolliert werden, das möge folgendes erweisen. Es wurden im Jahre 1907 revidiert:

Regierungsbezirk	Vorhandene		Revidierte		Revisionsfälle
	Anlagen	Arbeiter	Anlagen	Arbeiter	
Frankfurt a. D.	57	178	19	57	20
Hannover	4	24	—	—	—
Berlin	84	675	12	106	13
Boien	22	94	11	40	13
Bromberg	1	18	—	—	—
Breslau	152	793	50	221	60
Biegnitz	76	316	22	85	20
Oppeln	49	299	14	114	16
Magdeburg	57	158	15	40	16
Merseburg	42	152	15	76	18
Münster	28	90	16	44	19
Miner	35	89	18	45	20
Arnberg	115	380	37	105	38
Kassel	49	135	21	74	28
Wiesbaden	144	531	37	159	47
Düsseldorf	108	374	55	183	63
Köln	114	359	29	115	32
Trier	538	897	148	363	187

Bei einer derartigen mangelhaften Revision wird natürlich gegen diese Verordnungen weit mehr verstoßen, als es bei einer regelrechten Revision geschehen würde.

Auch zeigt die Mortalitätsstatistik des „Steinarbeiterverbands“ für 1907, welche ungeheure Gefahren in diesem Berufe vorliegen. Es seien nur einige Orte aus verschiedenen Orten Deutschlands herausgegriffen. Es starben an der Schwindsucht in Alt-Barthau in Schlesien von 14 alle 14, in Berlin I von 17: 11, in Leipzig I von 22: 21, in Straßburg von 15: 13. Nach Prozenten berechnet starben also an der Schwindsucht in Alt-Barthau 100 Prozent, in Berlin 64,4 Prozent, in Leipzig 93,4 Prozent, in Straßburg 86,4 Prozent. Nach diesen Ergebnissen müßte doch alles aufgegeben werden, was in Menschenkräften liegt, Einrichtungen zu treffen und sanitäre Vorschriften zu erlassen, durch welche die Lebensdauer dieser Arbeiter, die im Durchschnitt nur 37 Jahre beträgt, verlängert wird.

Selbst die Steinbruchberufsgenossenschaft sieht die große Gefährlichkeit dieser Berufs ein, denn in ihrem Bericht für 1907 können Sie lesen:

Das Bestreben, einen höheren Affordolohn zu erzielen, veranlaßt die Arbeiter vielfach, in vorschriftswidriger oder doch unvorsichtiger Weise zu arbeiten. Dadurch wird die Unfallgefahr für sie selbst wie auch für ihre Mitarbeiter vergrößert. Die Intensivierung der Arbeitsstätigkeit führt weiter zu Ueberstunden, in denen die Arbeiter infolge Uebermüdung den Betriebsgefahren um so leichter zum Opfer fallen, wie

auch zur Anstellung ungelerner und ungeübter Arbeiter, die mit den Betriebsgefahren nicht vertraut sind, die damit in neue, ungewohnte Verhältnisse kommen, die vor diesen Umständen nicht so sehr geschützt sind wie die alten, eingeborenen Arbeiter.

Die Arbeiter selbst, nicht nur die in sozialdemokratischen Verbänden, führen einen andauernden Kampf, um die Affordarbeit endlich in diesem Beruf abzuschaffen, weil gerade die Affordarbeit hauptsächlich dazu beiträgt, daß, wie die Berufsgenossenschaften selbst konstatiert haben, eine so hohe Zahl von Unglücksfällen zu verzeichnen ist.

Aber auch die lange Arbeitszeit wirkt in diesem Beruf so mörderisch. Nur für die Steinmetzen ist in der Verordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden vorgezogen; alle übrigen Arbeiter in der Steinindustrie haben nach wie vor eine zehn- und mehrstündige Arbeitszeit. Sehr erklärlich, daß der Beruf der Steinmetzen und Steinhauer und alles, was damit zusammenhängt, so überaus gefährlich ist! Während bei dem einen Beruf hauptsächlich die Lunge angegriffen wird und der größte Teil der Arbeiter an der Schwindsucht zugrunde geht, wird der andre (in der Hartsteinindustrie) wieder gefährlich durch die Verletzungen, die die Arbeiter sich im Betriebe zuziehen. Darum muß die Verordnung dahin erweitert werden, daß nicht eine neunstündige, sondern für den ganzen Beruf eine achtstündige Arbeitszeit zur Durchführung gelangen kann; aber vorläufig muß wenigstens für alle in diesen Berufen stehenden Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt werden.

Dann hat man in dieser Verordnung einen sehr nahe verwandten Beruf vollkommen unberücksichtigt gelassen, die Granit- und Marmorarbeiter nicht nur in den Brüchen, sondern auch auf den Werkplätzen und in den Werkstätten. Wie groß die Lebensgefahr allein in den Granitsteinbrüchen ist, und mit welcher großen körperlichen Anstrengung die Arbeit verbunden ist, das zeigen uns wieder die Berichte der Berufsgenossenschaften des Jahres 1907. Es wurden in diesen Betrieben schwer verletzt von 1000 Vollarbeitern, die in Knappschaftsberufsgenossenschaften organisiert sind, 15,51, in Baugewerkschaftsberufsgenossenschaften 11,41 und in den Steinbruchberufsgenossenschaften 15,12. Auch gibt es in Deutschland außer den Steinarbeitern nur noch zwei in Berufsgenossenschaften organisierte Berufe, und zwar die Knappschaftsberufsgenossenschaft und die Fuhrwerksberufsgenossenschaft, die einen höheren Prozentsatz aufweisen als hier die Granit- und Marmorarbeiter. Die Arbeiter in den Granitbrüchen leiden ebenfalls unter einer schweren Staubentwicklung. In den Werkstätten leiden sie weniger darunter, denn das Sägen, Schleifen und Polieren muß selbstverständlich nah betrieben werden. Ein großer Teil dieser Werkstätten hat aber keinen Fußboden, die Arbeiter stehen direkt auf dem Sande, und wegen des fortwährenden Mäffens, das bei der Verarbeitung erforderlich ist, stehen die Arbeiter ungeschützt in einer Schlammflut. Hier sollte die Verordnung dafür sorgen, daß ein zementierter oder ein anderer fester Fußboden vorhanden ist, der zugleich eine Rinne besitzt, damit das Wasser und der Schlamm ununterbrochen abfließen kann.

Ferner muß in diesen Werkstätten für eine gute Ventilation gefordert werden, denn in der warmen Jahreszeit ist die Luft darin geradezu mörderisch. Auch für die Familienglieder entsteht eine Gefahr. Weil in diesen Werkstätten absolut kein Raum vorhanden ist, wo die Arbeiter ihre Kleidung unterbringen können, und die Kleidung deswegen in diesen Arbeitsräumen hängt, so wird in sehr vielen Fällen der Krankheitsstoff mit in die Familie hineingetragen, da beim Polieren des Gesteins giftige Substanzen verarbeitet werden.

Es wird der Regierung bekannt sein, daß die Verwendung des Kunststeins seit Jahren in beständiger Zunahme begriffen ist. Der Kunststein wird aus Zement, Kies und Sand hergestellt, er wird zu Blöcken gestampft und dann genau ebenso verarbeitet wie der Sandstein. Wir können oft die Wahrnehmung machen, daß dieser Kunststein in ganz täuschender Weise hergestellt wird. Die Verarbeitung dieses Kunststeins am Bau bringt nun eine ganz intensive Staubentwicklung mit sich, und deshalb ist es erforderlich, daß die Verordnung auch auf die Kunststeinverarbeitung ausgedehnt wird. Die Regierung und der Herr Staatssekretär würden gut tun, damit nicht zu warten, bis auch in diesem Berufe Hunderte von Arbeitern elend zugrunde gegangen oder an ihrer Gesundheit geschädigt sind.

Es müßten in dieser Verordnung auch Kautelen geschaffen werden, die die Unternehmer zwingen, die Verordnung auch zu beachten und durchzuführen. Wie findig die Unternehmer sind, dafür will ich ein Beispiel in bezug auf die Frauenarbeit anführen. Der Steinbruchbesitzer Schröder in Mühlberg in Sachsen hat folgende Findigkeit zutage gefördert — man kann ihn bald darum beneiden. Der § 10 verbietet, daß Frauen in Steinbrüchenbetrieben beschäftigt werden. Der genannte Herr verkauft nun die Steine an die Frauen, schafft die Steine auf kleinen Gleisanlagen nach dem Arbeitsplatz, übergibt sie dort als gekauft den Frauen, die Frauen zerklüffern die Steine auf dem Arbeitsplatz, und dann kommt Herr Schröder und kauft die zerhackten Steine von den Arbeiterinnen zurück. Das Gericht hat auf Beschwerde der organisierten Arbeiter den Mann verurteilt. Derselbe glaubte aber das Urteil dadurch umgehen zu können, daß er noch einen Extravertrag mit den Frauen abschloß. Es hat ihm dies aber nichts genützt. Zu welcher Findigkeit der Herr nunmehr übergehen wird, wird man abwarten müssen.

Vor mir liegt weiter eine Statistik über eine beim Reichstag eingegangene Interpellation, die besagt, daß die Bundesratsverordnung vom 20. März 1902 auf alle die von mir geschilderten Berufe ausgedehnt werden muß. Nach dieser Statistik beträgt die Zahl der beschäftigten Granitarbeiter 6615, der Granitschleifer 1637, der Granitbrecher 2200, zusammen also 10 452 Granitarbeiter. Die Zahl der Marmorsteinmetzen beträgt 1057, der Marmorerschleifer 1405, der Marmorbrecher 700. Diese Zahlen sind durch die Organisation festgestellt worden, es wird noch ein großer Teil der durch die Organisation nicht ermittelten Arbeiter in dieser Statistik nicht eingegriffen sein; aber schätzungsweise wird man auf weit über 20 000 Arbeiter kommen, die allein in der Granit- und Marmorsteinfabrikation beschäftigt sind, ganz abgesehen von den Plastersteinmachern und sonstigen Steinarbeitern. Ich glaube, da lohnt es sich doch wohl, andre Bestimmungen zu treffen, als sie bis jetzt bestehen. Wenn die Statistik weiter sagt, an Krankheiten herrschen bei den Sandsteinmetzen Hals- und Lungenleiden 40 Prozent, bei den Granitsteinmetzen Verletzungen im Berufe 33,8 Prozent, bei den Marmorsteinmetzen Hals- und Lungenleiden 25 Prozent, bei den Granitschleifern Verletzungen im Berufe 25,6 Prozent, bei den Marmorerschleifern Hals- und Lungenleiden 23,7 Prozent, so sollten diese Zahlen die Regierung veranlassen, auf dem schnellsten Wege ganz energisch vorzugehen, damit Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt und so den Familien ihre Ernährer erhalten bleiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Diese gründlichen Darlegungen des Genossen Zubeil werden von unsern Berufskollegen sicherlich mit großem Interesse gelesen werden. Besonders die Granit- und Marmorarbeiter werden es mit Freuden begrüßen, daß Zubeil mit besonderem Nachdruck verlangte, daß endlich auch sie unter den Schutz der Bundesratsverordnung gestellt werden. Bezeichnend ist es, daß außer dem sozialdemokratischen Vertreter kein Abgeordneter der andern Parteien das Wort nahm, um für einen umfassenderen Schutz der Steinarbeiter einzutreten. Das werden sich die Kollegen in den Reichstagswahlkreisen, wo eine starke Steinindustrie vorhanden ist, besonders merken müssen.

Der bekannte Steinindustrielle Dr. Goller aus Mönchberg (Oberfranken) ist ebenfalls Reichstagsabgeordneter (für den Hofer Kreis), er gehört der freiwirtschaftlichen Volkspartei an, aber kein Wort der Entrüstung fand er, daß die Bundesratsverordnung so flagrant von den Unternehmern ignoriert wird. Obwohl Dr. Goller die lebensgefährliche Arbeit der Granitarbeiter kennt, denn er residiert in einem großen Granitgebiet, so hielt er es trotzdem nicht für notwendig, eine Lanze zu brechen, um dieser Arbeiterkategorie einen besonderen gesetzlichen Schutz für Leben und Gesundheit zuteil werden zu lassen.

Es ist wiederum der Beweis erbracht, daß für eine strenge Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften und für weitergehende Arbeiterschutzforderungen nur die Sozialdemokraten eintreten.

Der beendete Kampf in Metten.

Im Mai des Vorjahres wurde für den mittlern und untern Bahrischen Wald ein Bezirkstarif abgeschlossen. Vier bestehende Tarife wurden zu einer Abmachung vereinigt, auch die wichtige Frage des Werkzeugstellens und Schärfens desselben fand im Bezirkstarif seine Regelung, in dem alle diese Unkosten von den Unternehmern übernommen wurden. Die Bahrische Granit-attiengeellschaft (Sitz Regensburg) trat dem Abkommen nicht bei. Mehrere Verhandlungen fanden statt, doch eine Einigung kam nicht zustande; die Direktion machte keine Zugeständnisse. Am 23. Juni 1908 traten nun etwa 50 Kollegen bei der Bahrischen Granitattiengeellschaft in den Streik, der sich schon anfangs für uns günstig gestaltete, indem die Beteiligten bis auf wenige abtraten. Der große Betrieb, in dem sonst etwa 100 Mann beschäftigt waren, lag volle 7 1/2 Monate still. Die Firma mußte also sicherlich eine große finanzielle Einbuße erlitten haben. Die Herren von der Bahrischen Granitattiengeellschaft gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, daß im Winter die Leute von auswärts wieder kämen und dann um Arbeit betteln würden, wodurch Uneinigkeit unter den Arbeitern entstehen würde. Aber unsere Kollegen kehrten nicht zurück, und der Betrieb blieb weiter still liegen. Auch konnten in der Umgebung, trotz Ausbietung aller Kräfte seitens der Firma, Streikbrecher nicht angeworben werden. Nur ein Steinmetz trat der Firma in bedrängten Stunden bei; dieser konnte unsere Siegeschance aber nicht beeinträchtigen.

Eine Einigungsverhandlung, welche am 18. Februar stattfand, ergab nun folgendes für unsere Kollegen günstige Resultat:

1. Sämtliches Werkzeug wird von der Gesellschaft den in Metten beschäftigten Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung gestellt gegen Aufrechtmachung einer Kaution von 1 Mk. pro Zahlperiode. Die Kaution wird am Jahresabschluss nach Prüfung und Richtbefund der gefassten Werkzeuge jeweils wieder zurückbezahlt. Mit der 1. Zahlperiode ist die Rücklage von 1 Mk. per Zahlperiode wiederum zu machen. (Alle 14 Tage ist Lohnung.)

2. Für Scharfhaltung der von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Werkzeuge haben die Reinarbeiter selbst aufzukommen, während die Werkzeuge für die Steinbrecher seitens der Gesellschaft unterhalten und geschärft werden.

Zur Deckung der Kosten für Scharfhaltung wird den Reinarbeitern ein Zuschlag von 6 Prozent an dem jeweiligen Arbeitsverdienst vergütet.

3. Sollte sich nach Ablauf von 6 Zahlperioden erweisen, daß die Vergütung von 6 Prozent die Kosten für Schärfen der Werkzeuge nicht deckt, so ist eine entsprechende Erhöhung an vereinbaren.

4. Zum Aufbewahren der Werkzeuge werden karzschließbare Kästen seitens der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

5. Im übrigen sind die Bestimmungen des Bezirkstarifs vom 1. Mai 1908 und die von der Gesellschaft aufgestellte Arbeitsordnung maßgebend.

6. Die Wiedereinstellung der Steinmetzen und Steinbrecher erfolgt nach Bedarf der Reihe nach.

Die Gesellschaft nimmt keinerlei Maßregelungen vor, und stellt fremde, bisher von ihr noch nicht beschäftigte Arbeiter erst dann ein, wenn die sich meldenden bisher beschäftigten Arbeiter Aufnahme fanden.

Diese Abmachung wurde endgültig durch Herrn Direktor Senfrieb sanktioniert. Es ist uns also gelungen, zur Anerkennung zu bringen, daß die Firma für die Steinmetzen und Brecher nunmehr das Werkzeug im vollen Umfange liefert. Gegen die früher bestehenden Zustände ist das Erreichte ein wesentlicher Erfolg. Für die Schmiebeschärfe bei den Steinmetzen mußten wir allerdings noch eine Kaution schluden, die sicherlich bei einem neuen Abschluß verschwinden wird. Aber die Steinmetzen mußten sich vor dem die Spitz- und Schlageisen, die Stockhammer, die Fäustel usw. selbst stellen, dafür waren im Durchschnitt 50 bis 70 Mk. aufzubringen. Diese Ausgabe ist nun beseitigt. Aber auch für das Schärfen des Werkzeugs wird bei den Steinmetzen eine sechsprozentige Entschädigung gewährt, und wenn dieser Satz nicht ausreicht, so sollen neue Vereinbarungen getroffen werden. Die Brecher erhalten nunmehr Gehalt und Scharfen frei. Neu ist allerdings das Kautionsstellen. Wir sind aber der Meinung, daß sich die Firma an diese mehr formalen Bestimmungen deshalb klammerte, damit für sie der Ausgang nicht zu sehr als Niederlage aufgefaßt werden kann.

Der beendete Kampf hat auch unsern beteiligten Kollegen eminente Opfer aufgelegt. Ohne viel Federlesens zu machen, gingen sie in die Fremde, hielten auch im Winter, trotz eines nicht allzu günstigen Verdienstes, dort aus und erleichterten somit den endgültigen Abschluß.

Die Mettener Steinmetzen und Brecher haben während des ganzen Kampfes eine bewundernswürdige Entschlossenheit und Disziplin gezeigt; möge sie anderweitig Nachahmung finden.

Der Betrieb bei der Bahrischen Granitattiengeellschaft ist nun wieder aufgenommen. Wir hoffen, daß nunmehr ein gedeihliches Arbeiten mit der Firma möglich sein wird.

Aber eine Frage gestatten wir uns am Schluß noch zu stellen: Warum mußte erst ein so gewaltiger Kampf geführt werden? Gütte diese Einsicht bei der Direktion nicht schon im Juni 1908 abzuhalten können?

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei Anträgen auf Rechtschutz, Umzugskosten, Maßregelungsunterstützung usw. werden die Zahlstellenvorstände darauf hingewiesen, daß immer die Mitgliedsbücher und Statistiken mit eingeschickt werden müssen und die Begründung stets von drei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterschrieben sein muß. Nur dann, wenn diesem nachgekommen ist, werden die Anträge geprüft bzw. in der Vorstandssitzung erledigt.

Seit dem 1. Januar d. J. werden alle Krankmeldungen, sowie Berechnungen nach der Verbandsnummer eingetragen. Wo bei den Anmeldebzügen Berechnungsformulare die Verbandsnummer nicht angegeben ist, wird die Sache als unerschiedigt zurückgeschickt. Auf Formular 4 hat der Empfänger sowie die Revisoren zu unterschreiben.

Auf Interimskarten werden Krankmeldungen nicht angenommen.

Die Arbeiterunterstützung tritt am 1. Juli 1909 in Kraft.

Vom 8. bis 13. Februar gingen folgende Abrechnungen vom 4. Quartal 1908 ein: Deuthen, Wurzen, Solenberg, Oberbühlingshausen, Obermörten, Maulbronn.

Alle Adressenänderungen sind uns bis zum 23. Februar zu melden. Es wird ein neues Verzeichnis hergestellt, das demnächst im „Steinarbeiter“ erscheint. Also keine Saumseligkeit mit der Angabe der Änderungen.

Korrespondenzen

Breslau. Die Lage der Steinarbeiter ist hier eine miserabile. Während andre Großstädte einen Stundenlohn von 80 bis 90 Pfennig aufweisen, beträgt der Stundenlohn in Breslau 60 Pfg. und auf Bauten 65 Pfg. Die Neubauarbeiten werden in den Brüchen fertiggestellt, so daß für den Steinmetzen nur noch Flidarbeit und das Versetzen übrig bleibt. Alle diese Arbeiten werden zu den obengenannten niedrigen Stundenlöhnen ausgeführt. Daß diese Arbeitsmethode eine große Arbeitslosigkeit mit sich bringt, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Dazu kommt noch das Aussehen, wie warten auf Material, Regentage usw. Unter solchen Umständen, und mit den niedrigen Löhnen ist es geradezu eine Unmöglichkeit, etwas zu ersparen. Trotzdem besteht in Breslau die Mär, daß die Steinmetzen gut verdienen. Der vor zwei Jahren mit den Unternehmern abgeschlossene Tarif hat Gültigkeit bis 1. März 1909. Der Tarif wurde von unsern Kollegen gekündigt, und unsere Forderungen lauten: 10 Prozent auf den Affordiarium und 75 Pfg. Stundenlohn. Die Verhandlungen, die mit den Unternehmern stattfanden, mußten nach dreistündiger Dauer abgebrochen werden. Trotzdem unsere Kollegen den Unternehmern sehr weit entgegengekommen sind, wir gingen auf 70 Pfg. Stundenlohn zurück. Dieses Anerbieten wurde von den Unternehmern rundweg abgelehnt mit der Motivierung, wir bewilligen auch nicht einen Pfennig. Wir können nicht, in Breslau gibt es nicht genug leistungsfähige Steinmetzen. Eine Preisfrierung ohne Gleichen. Damit waren die Verhandlungen gescheitert, die Kommission mußte unrichtigere Sache das Verhandlungslokal verlassen. In Breslau gibt es nicht genug leistungsfähige Steinmetzen, so die Unternehmer. Ein Blick in unsere Statistik zeigt uns, daß der größte Teil der Breslauer Steinmetzen bei hiesigen Steinmetzmeistern in vierjähriger Lehrzeit das ungesunde Handwerk erlernt hat. Für die Unternehmer als Lehrherren kein allzu lobenswertes Zeugnis. Doch darüber an anderer Stelle mehr. Wenn die Herren Unternehmer in der „Schlesischen Zeitung“ (Freiunionsblatt) und im „Steinbildhauer-Journal“ von den Führern der Bewegung als von Hezern und Drahtziehern reden, denen es nur darum zu tun sei, ihre Kollegen aufzuheben und aufzuwiegen, so soll nur für heute festgestellt werden, daß die Breslauer Kollegen geschlossen hinter ihren Führern stehen. Der Steinarbeiterverband hat schon manchem Unternehmer die Halsstarrigkeit gebrochen, er wird auch in Breslau für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge tragen.

Bunzlau. Am 14. Februar fand eine Steinarbeiterversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Den Kartellbericht gibt Kollege Burggraf. Im zweiten Punkt verliest Kollege Parfisch den vom Obmann Jahrmarkt verfassten Jahresbericht. Eine Diskussion wird nicht gewünscht. Nachdem geben die beiden Kollegen der Tarifkommission die Unternehmervorlage durchzulesen derselben bekannt. Die Diskussion war dahingehend, daß diese Vorlage unter keinen Umständen angenommen werden kann, da dieselbe eine wesentliche Reduzierung des am 1. März ablaufenden Tarifs bedeutet. In verschiedenen Punkten ist ein Abzug von über 20 bis 30 Prozent vorhanden. Ferner haben wir auch hierorts die Zustände, daß der Steinmetz einen großen Teil des Jahres arbeitslos ist. Angesichts dessen verbietet es sich ganz von selbst, noch Tarifreduzierungen anzunehmen. Nachdem noch einige Ortsangelegenheiten geregelt waren, schloß Vorsitzender Burggraf die gut verlaufene Versammlung.

Chemnitz. Die Situation ist hier sehr ernst. Die Unternehmer lehnen unsere neue Tarifvorlage rundweg ab. Schon diese Tatsache genügt, daß sie mit aller Hartnäckigkeit nur ihren Willen durchsetzen wollen. Lokalweise hätte man erwarten können, daß sie mit uns zum mindesten in Unterhandlungen eintreten würden. Das wäre sicherlich Anfangspflicht gewesen. Wie würde man im Unternehmerlager schreien, wenn beispielsweise die Arbeiter nicht verhandeln wollten? Na, da könnte man schöne Anschuldigungen in der bürgerlichen Presse lesen. (Anschließend hieran sei bemerkt, daß uns Herr Weber, der Obermeister, die Mitteilung machte, daß die Gesellen den Tarif selbst gekündigt hätten. Wir stellen das gern fest; an der verhängnisvollen Situation selbst wird durch diese Nachricht nichts geändert. Redaktion.)

Demitz-Thumitz. Den Pflastersteinarbeitern der Firma Rogg wurde am 9. Januar durch Anschlag bekannt gemacht, daß Lohnreduzierungen stattfinden, welche auch als ganz erhebliche bezeichnet werden müssen, da sie bei vielen einen wöchentlichen Lohnausfall bis 2 Mark und darüber bedeuten. Die Kollegen der betreffenden Firma hielten darauf am 12. Januar eine Betriebsversammlung ab, wo der Beschluß gefaßt wurde, daß eine Kommission in Gemeinschaft mit dem Gauleiter beim Geschäftsführer, Herrn Paul, vorstellig wird, um über die Lohnreduzierung zu unterhandeln. Die Unterhandlungen waren jedoch ohne Erfolg, da Herr Paul erklärte, er kann nichts dagegen tun, er will nochmals mit Herrn Rogg, welcher, nebenbei gesagt, in Leipzig-Gutritsch wohnt, sprechen. Die Unterredung des Geschäftsführers mit Herrn Rogg hat auch ihren Zweck nicht verfehlt. Die Lohnreduzierung wurde zwar nicht zurückgenommen, dafür erhielten aber einige unserer besten Kollegen, darunter der Vertrauensmann, die Kündigung. Nach Ablauf dieser Kündigungsfrist erhielten nochmals einige Kollegen, selbstverständlich wieder organisierte, die Kündigung. Daß die Kündigungen nicht wegen Arbeitsmangel erfolgten, sondern Maßregelungen sind, geht daraus hervor, daß wenige Tage zuvor noch Leute eingestellt wurden, was ja auch der Geschäftsführer zugeben mußte. Ein derartiges Vorgehen dieser „grüßlichen“ Herren läßt so recht die sonst so viel gepriesene Arbeiterfreundlichkeit erkennen. Viel Schuld daran aber tragen die Arbeiter durch ihre Gleichgültigkeit selbst mit, denn nur dort, wo die Organisation auf schwachen Füßen steht, können sich die Unternehmer erlauben, nach Belieben mit den Arbeitern umzufringen. Gätten die Demitz-Thumitzer Steinarbeiter schon längst den Wert einer guten Organisation erkannt, wären derartige Lohnabzüge, wie sie jetzt nicht nur bei der Firma Rogg, sondern fast bei sämtlichen Firmen an der Tagesordnung sind, mit Leichtigkeit zurückzuweisen, und die Ausreden: „Hier nützt es doch nichts, es ist schade um Geld“, wären dann hinfällig, da dadurch die zur Gewerkschaft gezahlten Beiträge schon vielfach den Kollegen zugute gekommen wären. Nicht besser steht es bei den Steinmetzen aus. Diese sind zu einer solchen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, daß sie über die Bezahlung ihrer geleisteten Arbeit kein Wort mitsprechen dürfen. Wie oft kommt es vor, daß diese erst am Lohnstage erfahren, was sie für die Werkstücke erhalten. Daß unter solchen Umständen die Reise so festgesetzt werden, wie es die Unternehmer für gut befinden, ist selbstverständlich. Aber gerade diese Arbeiter stehen zum größten Teil der Organisation noch fern und beginnigen durch ihre Gleichgültigkeit die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unter-

nehmer. Anstatt aber durch einträgliches Zusammenhalten derartigen Übergriffen der Unternehmer entgegenzutreten, lassen sich viele unserer Kollegen einschüchtern und werfen die Platte ins Korn. Zu bedauern ist ferner, daß vielfach Reibereien und Zwistigkeiten in den Reihen der Kollegen herrschen und daß gerade hier, wo die Löhne sowieso nicht allzu hoch genannt werden können, der übermäßige Alkoholgenuss grassiert, welcher die dazu beiträgt, die Gleichgültigkeit der Arbeiter zu vergrößern. Wie oft kommt es vor, daß Kollegen am Lohnstag zwei Mark und darüber für Schnaps zu bezahlen haben, wozu der Lohnausfall beim Blumachen noch hinzukommt. Daß diese Leute kein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben und sich so der Willkür der Unternehmer willenlos preisgeben, ist ganz selbstverständlich. Oft reichen auch dann die Mittel nicht mehr dazu aus. Es ist deshalb Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, diese Unsitte aufs äußerste zu bekämpfen.

Mit der Einhaltung der Bundesratsverordnung und der Unfallversicherungsbestimmungen scheint es aber die Firma Rogg nicht so genau zu nehmen. Die beiden Bedürfnisanstalten, die für die Brucharbeiter bestimmt sind, spotten jeder Beschreibung. Nicht nur ihre Benutzung ist äußerst gefährlich, sondern der Zugang zu einer ist sogar mit Lebensgefahr verbunden. Die Leute müssen auf einer allen, in letzter Zeit sogar angebrochenen Leiter an einer steilen Wand hinaufklettern, was bei der jetzt herrschenden Glätte doppelt gefährlich ist. Auch beim Sprengen läßt der Polter, Herr Peter, nicht die nötige Umsicht walten. Absperrungsposten scheinen diesem Herrn ganz unbekannt zu sein, und es ist ein Wunder, daß dadurch nicht schon größeres Unglück passiert ist. Dieser Herr scheint andern Sachen oft mehr Interesse entgegen zu bringen, als der Brucharbeit. Es ist schon mehrmals vorgekommen, daß er stundenlang nicht im Bruch zu sehen war, dafür aber in der Frühstücksbude mit einigen Arbeitern beim Bierglas beobachtet wurde. Es ist bedauerlich, daß es immer noch Arbeiter gibt, die sich dadurch lieb kind zu machen suchen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß auch endlich die hiesigen Kollegen zu der Erkenntnis kommen, daß es nur durch eine gute Organisation möglich ist, eine bessere Lebenslage zu schaffen.

Dresden. Mittwoch, den 12. d. M., tagte im Volkshaus unsere den Verhältnissen entsprechend gut besuchte und sehr fachlich verlaufene Generalversammlung. Zum 1. Punkt: Jahresbericht, führte unser Vertrauensmann Richard Seidel folgendes aus: Das Berichtsjahr war eines der wirtschaftlich drückendsten und miserabelsten seit Menschengedenken. Von der Arbeitslosigkeit wurden 75 Prozent der Kollegen erfaßt. Auch die Marmor- und Granitbranche wurde nicht verschont. Daß angesichts dieser Notlage seitens des Unternehmertums versucht wurde, Kapital für sich herauszuschlagen, ist eine allbekannte Tatsache. Den Reigen begann Herr Obermeister Hempel an der Rathausarbeit. Bei Werkstücken, die längst vorher auf andern Werkplätzen genau so bearbeitet wurden und die längst die Schiedskommission unter Vorsitz desselben Herrn Hempel zu unsern Gunsten entschieden hatte, verweigerte er die richtige Bezahlung. Nur mit Anwendung aller Hilfsmittel, die nur denkbar sind, ist es gelungen, auf friedlichem Wege zum Ziele zu kommen. Auch in der Marmor- und Granitbranche ging nicht alles glatt; auch hier wollte man einige der alten Praktiken anwenden, aber auch diese wurden abgeklärt und mit Inanspruchnahme des Gewerbegerichts verschiedene Verbesserungen erzielt. Der hiesige Rat hat wohl beschlossenen, städtische Arbeiten nur an Dresdener Unternehmer mit Dresdener Arbeitern zu vergeben, aber in der nackten Wirklichkeit sieht die Sache doch etwas anders aus. Es sind Sandsteinarbeiten, weil sie bedeutend billiger hergestellt wurden, in das Bruchgebiet vergeben worden mit der Motivierung, der Bau liegt nicht in Dresden. Nehlich hat man Marmorarbeiten am inneren Ausbau des Rathauses einem Dresdener Unternehmer übergeben, der aber gar keine Marmorarbeiter beschäftigt. Dieser vergab die Arbeit nach auswärts. Von dort kommen Kollegen und versehen die Arbeit unter dem ortsüblichen hiesigen Lohn. So ist immer wieder bei diesen absichtlichen und unabsichtlichen Schiedungen der hiesige Arbeiter der Leidtragende. Wie nun die Verhältnisse einmal liegen, ist Dresden zur Reparaturwerkstatt herabgesunken. Deshalb, und dann gezwungen durch das Unternehmertum in den Brüchen, das sich immer mehr kräftigt durch Gründung von Konventionen und Offiziersgesellschaften, ist es notwendig, daß auch die Sandsteinarbeiter ihre gesamte Kraft dorthin konzentrieren, wo aller Voraussicht nach die Kämpfe in Zukunft am heftigsten werden. Aus diesen Gründen war die Verschmelzung mit dem Pirnaer Bruchgebiet eine Notwendigkeit. Die Krise in der hiesigen Sandsteinbranche ist teilweise noch durch andre Umstände geschaffen worden. Da hatten wir z. B. 1. ein bis vor kurzem erst aufgehobenes Bauverbot seitens des Rates zu Dresden; 2. eine Architektur, die den Naturstein ängstlich vermeidet und 3. eine Maurerzunft, die im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisiert ist, aber eigentlich zur Hälfte den Steinarbeitern zugerechnet werden müßte. Schon vor Jahren wurde hier mit der Leitung der Maurer verhandelt, um die Spitzmaurerfrage zu regeln; es haben Sitzungen stattgefunden, es sind Versprechungen gemacht worden, um morgen oder übermorgen wieder zu brechen. Streiks wurden gemeinschaftlich beschlossene, bei welchen Steinmetzarbeiten in Frage kamen, in der Hauptsache aber dann von Maurern hergestellt wurden. Sie machen uns den Neubau der Augustusbrücke zum großen Teil illusorisch; weiter haben wir bei Neubauten von Kirchen gewöhnlich das Nachsehen. Die Renovierungsarbeiten an älteren Staatsbauten machen die Maurer ebenfalls. Es wird nicht lange mehr dauern, gibt es in Dresden keine Steinmetzen mehr, sondern nur noch Spitzmaurer, und das alles nur, weil sie billiger arbeiten. Der Afford ist bei diesen Leuten wild und sie arbeiten bis zu 50 Prozent unter dem Tarif der Steinmetzen. Letzten Herbst bei dem Streik am Neubau der Zionkirche, sollte nun endlich geregelt werden, was Steinmetz- und was Spitzmaurerarbeit ist. Es haben wieder Sitzungen stattgefunden, daran nahmen Stadtbauräte, Baumeister, Steinmetzmeister, Maurer und Steinmetzen teil. Die Baumeister wollten wieder den Löwenanteil als Spitzmaurerarbeit für sich retten, und dem stimmten die Vertreter der Maurer zu. Selbstverständlich lehnten unsere Vertreter ein derartiges Nachwerk ab, und man ging eben wieder auseinander wie beim Hornberger Schießen. Ein andermal über dieses Kapitel noch mehr.

Gestorben sind 25 Kollegen. Die Versammlung ehrt ihr Andenken durch Erheben von den Sigen. Anschließend hieran gab Kollege Seidel den Kassenbericht. Der Durchschnittspreis der Beitragsmarke betrug 89 Pfg., gegen 97 1/2 Pfg. im Vorjahre. Die Revisoren bekräftigen die Wichtigkeit der Kassenführung und beantragen, Decharge zu erteilen. Das geschieht einstimmig. Seidel wird wieder für das laufende Jahr einstimmig zum Leiter der Zahlstelle gewählt, ferner werden in die Verwaltung gewählt die Kollegen Eisner, Meyer, Nische, Jüfel, Neumeier, Richter und Stiglich, Jähne und Schürer als Erfahrmänner. Den Kartellbericht geben die Kollegen Seidel und Wienke. Auf den sehr interessanten und wichtigen Bericht kann aber hier nicht eingegangen werden. Die beiden Berichtserfasser wurden einstimmig in das Kartell wiedergewählt. Ferner gibt Seidel bekannt, daß zu Ostern hier eine Bauarbeiterkonferenz stattfindet; dazu werden Seidel und Wienke delegiert. Es ging noch ein Antrag Piefich ein, den Arbeitslohn noch auf die Dauer von vier Wochen à 3 Mark Unterstützung zu geben. Der Antrag wurde der Verwaltung überwiesen, die soll feststellen, wie weit ihm Rechnung getragen werden kann. Anerkennend sei hier noch der Marmor- und Granitarbeiter gebührt, die, trotzdem sie augenblicklich keinen Nutzen, nach Aufgabe der Geschäftslage ihrer Branchen, davon

Haben, einmütig angefaßt der schrecklichen Arbeitslosigkeit der Sandsteinarbeiter aus Solidaritätsgefühl für den Antrag ertraten. Aber auch Anerkennung den Arbeitslosen selbst, die bisher unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen dem Verband treu geblieben sind. Angefaßt dieser Tatsachen kann man ruhig sagen, ein einigermaßen begabter Feldherr muß mit einer solchen Truppe schließlich jeden Feind besiegen.

Oppingen. Am 6. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende ließ einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Sodann berichtete der Kassierer Aucher über die Kassenverhältnisse. Er las die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung waren und dankten ihm für seine Aufmerksamkeit. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Im Punkt Verschiedenes ermahnte der Kollege, doch dem Verband treu zu bleiben und mit zu agitieren, daß die Zahlstelle wieder die vorjährige Höhe erreicht. Nachdem noch einige wichtige Zahlstellenangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Gotha. Im Gothaer Granitwerk war von den Kollegen der bestehende Tarif gekündigt worden, um den Feuerungsverhältnissen entsprechend das Einkommen der Granitarbeiter etwas zu verbessern. Der Tarif hatte mit dem 1. Februar sein Ende erreicht, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Der Leiter des hiesigen Granitwerks, Herr Staats, kündigte sämtliche Schleifern und Hauern, jedenfalls in dem Glauben, dadurch einen sanften Druck auf die Fügbarkeit auszuüben. Ja, sogar Formulare, sogenannte schwarze Listen, waren bereits an einzelne Firmen versandt, damit, wenn es zum Streit käme, die Kollegen durchaus in Gotha bleiben müßten. Jedenfalls werden wir diese Zuborkommenheit bei eventl. späteren Anlässen würdigen müssen und im Fachorgan, bezw. der Arbeiterpresse, schon früher auf die etwa entstehenden Komplikationen hinweisen. Am Sonntag, 14. Februar, fand nun eine Versammlung statt. Vom Zentralvorstand war Kollege Siebold anwesend, der mit der Kommission verhandelt hatte, die Differenzen auf dem Verhandlungswege auszugleichen. Es wurde Bericht erstattet. Daraus war zu ersehen, daß einige minimale Verbesserungen von Herrn Staats zugegeben waren. Der Minimallohn für Dauer beträgt nunmehr 51 Pfg., der für Schleifer 46 Pfg. pro Stunde, auch ist bei einigen Affordätzen, besonders bei Hauern, ein kleiner Zuschlag bewilligt worden. Nach eingehender Debatte wurde den Abmachungen zugestimmt, wenn Herr Staats den Gliederpreis für Handschleifer um 10 Pfg. erhöht. Kollege Siebold versprach, in diesem Sinne noch zu wirken. Herr Staats hat aber die 10 Pfg. auf den Gliederpreis der Schleifer kurzerhand mit Hinweis auf die Konkurrenz abgelehnt. Am Montag mittag, 14. Februar, fand abermals eine Betriebsversammlung statt, in der die Ablehnung nach stark kritisiert wurde. Die Abstimmung ergab aber Annahme des Tarifs auf weitere zwei Jahre.

Hasserode. Als vor etwa zwei Jahren der bekannte Herr Klein die Leitung des Granitwerks Steinerne Renne niederlegte, gab man sich in den Kreisen unserer Kollegen der Hoffnung hin, daß durch den Wechsel in der Leitung auch die Verhältnisse für die Arbeiter besser würden. Doch es war Täuschung. Nach dem Tarif können, so wurde von der neuen Leitung behauptet, alle vorkommenden Arbeiten berechnet werden, und dabei werden die Arbeiten, an denen die Kollegen etwas verdienen können, im Stundenlohn gemacht. Dagegen solche, wo man kein steuerpflichtiges Einkommen herausschlägt, im Afford. Trotzdem ein großer Teil besser lohnender Arbeit im Stundenlohn hergestellt wird, legt man bei Affordarbeiten die Tarifpositionen in der einseitigsten Weise aus, natürlich zum Schaden der Kollegen. Beispiele dafür anzuführen, wollen wir uns ersparen, der Hinweis, daß diese Methode schon lange geübt wird, mag genügen, und auch alles Vorstelligwerden hat bis jetzt nichts geschadet. Der Tarif ist von der Leitung gekündigt; jedenfalls mit der Absicht, die Positionen noch mehr zu reduzieren. Gut genug kann überhaupt nichts hergestellt werden; es hat den Anschein, als wüßte niemand, der außerhalb der Werkleitung ist, zu beurteilen, ob ein Stück abnahmefähig ist oder nicht. Die Kollegen haben diese Praktiken durchschaut, Explosivstoff für die Zukunft ist genügend aufgehäuft.

Leipzig. Die Steinarbeiter Leipzigs besaßen sich am 11. Februar in ihrer Versammlung mit der Sperre des Werksplatzes A. Lehmann. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen der betroffenen Kollegen einverstanden. Die restierenden Löhne will Herr Lehmann nachbezahlen. Die Versammlung ist der Meinung, daß, wenn die Arbeit wieder aufgenommen werde, sofort die Streitigkeiten von neuem losgehen, sie verlangt deshalb von der Innung Garantien dafür, daß Herr Lehmann in Zukunft sich den beiderseitigen Abmachungen strikte fügt. Herr Lehmann hat es fortgesetzt versucht, den Tarif zu umgehen. Durch das eigenartige „Verschneiden“ einer Schablone wurden die Gehilfen um 20 Mark Arbeitslohn gebracht. Er glaubt weiter, weil es Winter ist, Entlassungen vornehmen zu können, die nur zu deutlich den Stempel der Maßregelung für sich beanspruchen. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Haug gewählt. In die Tarifkommission wurden die Kollegen Thymel, Nisse, Lang und Röde bestimmt. Unter gewerkschaftlichem wurde Klage geführt, daß von Steinsehern resp. deren Hilfsarbeitern Steinmetzarbeiten hergestellt werden. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, Schritte zu tun, um dies in Zukunft zu verhindern.

Rehau. Am 30. Januar tagte im Lokal des Genossen Anton Rothmund unsere Generalversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer Kollege G. Strobel die Jahresabrechnung. Die Revisoren, welche im vorigen Jahre viermal revidierten, fanden Kassenbuch und Kasse stets in größter Ordnung. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Punkt Neuwahl erklärte der Vorsitzende N. Brumme, daß es gut sei, die Zahlstelle Rehau mit der Zahlstelle Pilgramsreuth zu verschmelzen. Dabei muß man noch bemerken, daß die Kollegen von Pilgramsreuth und Rehau doch beinahe sämtlich bei ein und derselben Firma beschäftigt sind. Die Zahlstelle Pilgramsreuth ist nur 1/2 Stunde von Rehau entfernt und haben wir dadurch keinen gar zu weiten Weg zur Versammlung. Es wurde nach kurzer Debatte beschlossen, die Zahlstelle Rehau mit Pilgramsreuth zu verschmelzen. Hierauf gab Kollege G. Moll den Kartellbericht. Moll erwähnte hierbei, daß es sehr notwendig wäre, hier ein Gewerbegericht zu schaffen. Ferner soll auch im Konsumgenossenschaftsleben mehr solidarisch und kollegialisch vorgegangen werden. Unter Punkt Verschiedenes ermahnte der Vorsitzende, dem Kollegen G. Moll, welcher den Gewerkschaftskursus besucht hat, 10 M. aus dem Lokalfonds zu überweisen. Dieses wurde einstimmig angenommen.

Rundschau.

Ein alter Gewerkschaftskämpfer gestorben. In Hamburg ist am 14. Februar der alte Genosse Johann Stangl einem Gehirnschlag erlegen. Der Verstorbene, 1852 geboren, schloß sich schon Anfangs der 70er Jahre in Wilhelmshafen seiner gewerkschaftlichen Organisation, dem Allgemeinen deutschen Maurerverein, an und wurde bald darauf in Hamburg Bevollmächtigter des Maurer- und Steinhaueverbundes, darauf Mitbegründer des Hamburger Maurerfachvereins, Mitglied der Agitationskommission und der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, hierauf Mitbegründer und Herausgeber des „Grundstein“ und somit auch Mitbegründer des Zentralverbands der

Maurer Deutschlands. Stangl war auch ein Jahrzehnt als Redakteur des „Grundstein“ tätig.

Zusammenlegung zweier Zahlstellen. Die Fichtelgebirgszahlstellen Rehau und Pilgramsreuth wurden zu einer Verwaltungsstelle vereinigt. Der Beschluß kann nur als ein sehr guter bezeichnet werden.

Die preussische Justiz gegen Streikende. Ein streikender Arbeiter hatte zwei Arbeitswilligen zugerufen: „Wollt Ihr denn Streikbrecher spielen, Ihr kommt noch heute vom Gerüst herunter.“ Das Schöffengericht verurteilte den Mann zu einer Geldstrafe. Die Strafkammer sah aber in den Worten eine Bedrohung und änderte die Strafe in eine Woche Gefängnis um. Das Urteil der Strafkammer steht, wie aus Richterskreisen geschrieben wird, im Widerspruch mit einer neueren Entscheidung des Reichsgerichts, wonach die bloße Aufforderung zum Niederlegen der Arbeit nicht unter § 153 der Gewerbeordnung fällt. Der Verteidiger beantragte deshalb, den Verurteilten für den bedingten Strafaufschub zu empfehlen. Das Amtsgericht kam diesem Antrage auch nach, da der Verurteilte noch unbestraft war und seine Arbeitgeber ihm ein gutes Zeugnis ausstellten. Das preussische Justizministerium hat aber diesen Antrag abgelehnt!

Wie die Bautätigkeit zurückging. Im „Grundstein“ wird der Jahresbericht der Zahlstelle Sietlin veröffentlicht. In dieser Stadt wurden Maurer beschäftigt 1901: 1688, 1902: 1014, 1904: 906, 1906: 538, 1907: 556, 1908: 354. Es ist klar, daß die überflüssigen Maurer in andern Berufen Unterschlupf suchen mußten. Natürlich wird es aber nur einem Teil gelungen sein, andre Arbeit zu erhalten.

Die Arbeitslosigkeit der Steinarbeiter in Budapest. Der ungarische Bruderverband hat ebenfalls seit geraumer Zeit die Vornahme statistischer Erhebungen eingeführt. Aus einer speziellen Erhebung für die Kollegen in Budapest ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit vom März bis einschließlich Dezember 1908 eine große war. Gemeldete Arbeitslose gab es in dieser Zeit 257 mit 3082 Tagen und einem Lohnverlust von 15 410 Kronen. In ganz Ungarn war im Vorjahre die Arbeitslosigkeit der Sandsteinmetzen eine beträchtliche.

Die Provinzialverwaltung Görlitz hat in Riemendorf bei Löwenberg einen Granitsteinbruch eröffnet. Es wird nur Straßenbaumaterial hergestellt. Die Fälle mehren sich, daß Provinzialbehörden Steinbrüche in eigener Regie betreiben. Die Unternehmer machen gegen ein solches Vorgehen entschieden Front. Auch den Behörden ist am Schutze des Mittelstandes nichts gelegen.

Große Pflaster- und Asphaltierungen für München. Der Gesamtkostenaufwand für die Pflasterung und Asphaltierung beziffert sich für 1909 auf 1 671 261 Mark. Als vorbringlich werden bezeichnet: Belgradstraße, Frühlingstraße, Holzstraße, Isabellastraße, Kaulbachstraße, Marktstraße, Deselestraße, Reitmorsstraße, Rottmannstraße, Rüdigerstraße, Schießstättstraße, v. d. Tannstraße, Zwingerstraße. Es wurde beschlossen ein Einheitsformat für Pflastersteine einzuführen. Die Asphaltierung der Straßen nimmt auch in München immer mehr zu. Der bairischen Granitindustrie kommen die Pflastersteinlieferungen in der jetzigen Zeit sehr zupasse.

Steinbruchserweiterung. Bei der Magdeburger Eisenbahnhauptkassie ist der Betrag von 30 000 M. für die Erweiterung der Steinbruchsanlage in Frankenscharnhütte eingestellt worden.

Luftspekulanze. Die Welfirma Künzler, Scheller u. Co. hat im Steinbruch Auf der Reuth bei Gefrees (Oberfranken) zum Betriebe der Bohrmaschinen eine Luftspekulanze herstellen lassen. Die Rohrleitungen sind 500 Meter lang; innerhalb 5—7 Minuten können Löcher von 40 Zentimeter Tiefe gebohrt werden. Es werden also wiederum weniger Arbeitskräfte gebraucht.

Zehn Prozent Dividende bezahlt die Bahrische Hartstein-Industrie-Aktiengesellschaft in Würzburg. Das Werk soll mit den verschiedensten Behörden langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen haben. Die Aktionäre haben also für die Zukunft eine schöne Ernte zu erwarten.

Im schwärzesten Winkel gehts vorwärts. Die Ersatzwahlen zum Vorstände der Ortskrankenkasse in Münster (Westfalen) brachten uns einen schönen Erfolg. Unsere Kandidaten wurden gewählt. Die Schwärzen sind über dieses Resultat sehr verblüfft.

Rücklichkeit der Talsperren. Das Staubecken der Talsperre in Markt-Lissa (Riesengebirge) enthält jetzt acht Millionen Kubikmeter Wasser. Vor dem Tauwetter waren kaum 1 Million Kubikmeter vorhanden, so daß in kaum 48 Stunden 7 Millionen Kubikmeter zugeflossen sind. Welches Unheil hätten diese sieben Millionen Kubikmeter Wasser anrichten können? Es hat aber lange gedauert, bis man in Preußen zum Bau solcher Talsperren übergegangen ist.

Schießunfall. Im Furschenbacher Steinbruch sind durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses zwei Arbeiter schwer, einer leicht verletzt worden. Die Schießunfälle nehmen kein Ende.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bauhen. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Hans Gerum, Gochswitzer Str. 42, III. und zwar von 12—1 Uhr und von 7—8 Uhr.

Reudorf. Als lebenswürdiger Mitarbeiter hat sich der Steinmetz p. d. B. H. Müller aus Schmieberg im Riesengebirge entpuppt. Derselbe war in dem Hübacher Granitbrüche beschäftigt. Wegen ungenauer Anfertigung eines Werkstückes schied er aus dem Betriebe, kehrte aber bald mit dem Genarm wieder und zeigte die Kollegen an, welche sich Abfallholz zum Anwärmen der Stücke aus dem Walde geholt hatten. Auch in anderer Beziehung war er nicht allzu korrekt. Die Kollegen in der Kesselsdorfer Gegend sollen denselben ja auch von nicht besser Seite kennen. Die Ortsverwaltung.

Nieder-Breisig (Rheinland). Der Steinmetz Peter Ruhr, geboren 1884, möge sofort seinen Aufenthalt bekannt geben. J. A. Heinrich Hinkel.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 8. bis mit 15. Februar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrazusteuern.)

Salwedel, B. 2.40; Buchon, B. 18.—; Borbrück, B. 9.10; Halensee, B. 6.—; Sonderburg, B. 4.—; Neufal, B. 7.25; Weußen, B. 11.78; E. 0.50, K. 4.50; Auenkirchen, B. 95.—; Zwistringen 2.35; Baden-Raden, B. 3.50; Reichenbach i. B., B. 1.20; Oberwinkel, B. 2.80; Alt-Warthau II K. 20.—; Büchelberg, B. 91.70, K. 12.80; Hohenberg, B. 150.—, K. 4.—, M. 1.60; Süßel, B. 60.72, K. 5.—, M. 1.20; Obermörten, B. 27.—; Reinsheim, B. 183.08, E. 1.50, K. 6.60, M. 0.40; Grimmitzhan, K. 1.50; Guben, B. 3.—; Leipzig (Denek), K. 0.30; Waltershausen, B. 2.30; Oberwalde B. 4.35; Schwertberg, Ab. 4.80; Königshain, B. 3.04, K. 0.70; Strahburg, K. 30.—; Wansiedel, K. 4.50; Rüders, K. 1.30; Jannowitz, B. 21.—, K. 19.—; Sörstel, K. 0.60.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Die eingefandten Adressenänderungen sind häufig recht unleserlich geschrieben. Wir bitten doch, daß sich die Gesender mit solchen Meldungen mehr Mühe geben. Ferner bitten wir, daß Straße und Hausnummer bei den Meldungen genau vermerkt wird. Ungenaue Adressenangaben bringen Schwierigkeiten bei der Expedition der Zeitung mit sich; für die reisenden Kollegen ist es ebenfalls sehr unangenehm, wenn das Adressenverzeichnis nicht korrekt ist.

Wohum. Vorl.: Louis Specht, Dresdener Str. 13.
Düsseldorf II. Vorl.: Heinrich Kuy, Herderstr. 2. Kass.: Franz Tenbusch, Dianastraße 31.
Ludwigshafen. Kass.: Jakob Stephan in Mundenheim, Bahnhofstraße 2, III.

Briefkasten.

Offen. Wir haben in Amsterdam sofort angefragt. Hoffentlich kommt zuhagender Bescheid. — V. Der Förster war laut Geleg zu dieser Maßnahme berechtigt. — J. F. in Dr. Das war gut, daß sie Dich aus dem Schmolzwinkel hervorholten. Hoffentlich sendest baldigst einen weiteren literarischen Beitrag. Viele Grüße. — Meifen. Leider verortfen. — G. R. Eine ionenbare Berichts-erstellung, wenn Du keine eigene Einblendung völlig preisgibst. Hoffentlich bildest Du unter den Berichterstaten eine „rü m. ae.“ Ausnahme. — Neuchâtel (Schweiz). Versuche es mit Köstas Lungenwässer in Verbindung mit der elastischen Schutzbrille. Adresse: C. B. König, Altona a. Elbe. Aber zuvor Prospekt senden lassen. Beien Grub!

Mehrere Artikel und Berichte mußten aus Raummanuel bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden. Sehr bedauerlich ist es, daß aus Streckorten die Berichterstattung viel zu wenig übrig läßt. Mühe geben uns die dementsprechenden Notizen erst kurz vor Redaktionsschluss zu. Ein Mitglied der Streikkommission muß doch so viel Zeit haben, frühzeitig an das Verbandsorgan zu berichten.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin. Mitglieder beider Filialen!

Sonntag, den 21. Februar, vormittags 10 Uhr

Kombinierte Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Die Wichtigkeit derselben erfordert das Erscheinen aller Kollegen.

Die Mitgliederversammlung der Filiale II fällt diesen Monat aus.

Um vollständiges Erscheinen der Kollegen aller Branchen in der kombinierten Versammlung zu erwirken

Die Ortsverwaltungen Berlin I und II.

NB. In der Versammlung werden auch die Steinarbeiteradressen für das II. Quartal entgegengenommen.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Zadetts, Hofen

Emil Keidel, Hamburg 6

Bartelsstraße 101.

Ingenieur-Akademie Wismar

a. d. Ostsee

für Architekten, Bildhauer und Steinmetz-

Techniker sowie für Ingenieure. ::

Aufnahmebedingungen im Programm.

Nobelbandstahl in vorzüglicher Qualität

15 x 0,38 mm u. 0,34 mm

Steinmetzbleistifte echt Meibach'sches Fabrikat, rund u. nach

Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmetzknüppel in prima Weißbuche und Chinaholz

Steinmetzwerkzeuge und Blutzsteine

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Gestorben.

In Alt-Warthau am 2. Februar der Kollege Franz Dör, 40 Jahre alt, an der Lungenwindbrucht.

In Berlin II am 4. Febr. der Kollege Franz Müller, 40 Jahre alt, am Magentrebs.

In Berlin I am 7. Februar der Kollege Max Hoffmann. Er schied freiwillig aus dem Leben.

In Bunzlau am 30. Januar der Kollege Willi Walde, 28 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In Meifen II am 7. Februar der Kollege Karl August Grille, 51 Jahre alt, an Nierenverhärtung.

In Ujezd Podhorzi (Böhmen) am 12. Februar der Kollege Alois Pollack, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit. Der Verstorbene gehörte bis vor kurzem der Zahlstelle Warthau an.

In Wünschelburg am 3. Februar der Kollege Joseph Schyist, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Gewährung der Heilmittel seitens der Krankenkassen.

Nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes sollen die Krankenkassen u. a. mindestens gewähren: vom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel. Ueber die Gewährung der Heilmittel entstehen nun häufig Differenzen zwischen den Versicherten und den Krankenkassen, so daß es sich verlohnen dürfte, auf den Begriff „Heilmittel“ etwas näher einzugehen. Zunächst ist daran festzuhalten, daß unter „ähnliche Heilmittel“ nur solche verstanden werden, die den Preis der Brille oder eines Bruchbandes nicht erheblich übersteigen. Bei der Beratung der Novelle von 1903 wurde beantragt, die Worte „ähnliche Heilmittel“ zu ersetzen durch „sonstige Heilmittel“, sowie die zur Sicherung des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Krücken, Stützapparate u. dergl.). Dieser Antrag wurde aber abgelehnt, trotzdem der § 9 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes diesen Wortlaut hat. Würde man sich diesem Wortlaute angeschlossen haben, so wäre eine große Anzahl Streitigkeiten aus der Welt geschafft worden. Nach der bevorstehenden Reform der Sozialgesetze scheint man auch diese Unklarheiten, wie so viele andre in den Arbeiterversicherungsgesetzen, nicht beseitigen zu wollen. Bezüglich des Unfallversicherungsgesetzes ist zu bemerken, daß hier die Verletzung ohne weiteres Anspruch auf künstliche Gliedmaßen haben. Der Anspruch hierauf fällt beim Krankenversicherungsgesetz fort.

Im allgemeinen werden als „ähnliche Heilmittel“ nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes die mechanischen Hilfsmittel zu gelten haben, die eine Besserung des Leidens herbeiführen oder einer Verschlimmerung vorbeugen, mit der Heilung in direkter Verbindung stehen und zur Sicherung des Erfolges der Kur notwendig sind, z. B. Binden, Verbandzeug usw. Nach dem § 21, Ziffer 3a des Krankenversicherungsgesetzes können die Krankenkassen für die Dauer eines Jahres nach beendeter Krankenunterstützung die Fürsorge für Rekonvaleszenten übernehmen, namentlich auch die Unterbringung in eine Rekonvaleszentenanstalt gewähren. Kassen, welche eine diesem Paragraphen entsprechende Bestimmung in ihr Statut aufgenommen haben, können den Begriff „Heilmittel“ also weiter ausdehnen; diese Kassen können auch neben der eigentlichen Krankenunterstützung gewisse Stärkungsmittel, Krankenloft usw. gewähren.

Ueber die Frage, ob den in Walderholungsstätten untergebracht oder von solchen Gebrauch machenden Genesenden ein Krankengeld bzw. eine Geldunterstützung gewährt werden dürfe, ergab sich sowohl seitens der Bundesratsmitglieder als der Kommission die übereinstimmende Meinung, daß die Rekonvaleszenten nicht mehr Kranke im Sinne des Gesetzes seien, daher könne ihnen ein Krankengeld in keinem Falle mehr gewährt werden; maßgebend für sie sei vielmehr das Bedürfnis der Rekonvaleszenten in jedem Einzelfalle. Zu diesem Zwecke könnten Padeluren, Luftkuren usw., und wenn das Bedürfnis es erfordere, auch Geldunterstützungen — nur nicht als Krankengeld — gewährt werden. Eine grundsätzliche Regel sei nicht aufzustellen, es müsse von Fall zu Fall entschieden werden.

Nach diesen Ausführungen brauchen also die Kassen, sofern sie von dem § 21, Ziffer 3a Gebrauch gemacht haben, den Begriff „ähnliche Heilmittel“ gar nicht so engherzig auszulegen. Aber auch ohne dies umfaßt der Begriff „ähnliche Heilmittel“ alle Mittel, welche mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhange stehen und zur Sicherung des Erfolges notwendig sind, z. B. Stärkungsmittel, Milch, Wein usw., ferner auch Tätigkeiten, welche auf Zuführung von Kräften usw. gerichtet sind, z. B. Massage, Galvanisieren, Gymnastik, Bäder u. dergl. Im Interesse der Kassenmitglieder ist es dringend wünschenswert, wenn die Kassen allgemein danach streben, an Stelle der Mindestleistungen höhere Leistungen einzuführen, damit die Streitigkeiten über den Begriff „ähnliche Heilmittel“ verschwinden.

In der Regel werden nun Brillen, Schienen, Bein- schienenreparaturen, Plattfußstiefeln, Zahn- gefisse, Stützvorsetts nicht als sogenannte „ähnliche Heilmittel“ angesehen sein. Der Preis einer Brille oder eines Bruchbandes beträgt meistens 2 bis 10 Mark, ausnahmsweise auch bis zu 25 Mark. Soweit könnten einfache Stützvorsetts bis zu etwa 25 Mark den Mitgliedern geliefert werden. — Der badische Verwaltungsgerichtshof dagegen hat bereits ein Stütz- vorsetts zum Preise von 40 Mark nicht mehr als ein sogenanntes „Heilmittel“ angesehen. Dem Versicherten konnte also dieses Stützvorsetts seitens der Kasse nicht geliefert werden. Derselbe Gerichtshof hat es auch abgelehnt, einen orthopädischen

Stiefelapparat zu 50 Mark von der Kasse liefern zu lassen. — Nach einem Bescheide des Spruchkollegiums des württembergischen Krankenkassenverbandes gelten Plattfußstiefel zwar nicht als Heilmittel. Wenn aber auf ärztliche Verordnung ein Paar Stiefel mit einer denselben sonst nicht eigentümlichen besonderen Vorrichtung, wie z. B. Schienen, versehen werden, und dadurch das Heilverfahren unmittelbar zu unterstützen und nachhaltiger zu gestalten, so fällt eine solche Vorrichtung unter den Begriff des Heilmittels.

Zahngewehr ist kein Heilmittel, dagegen sind die Kassen verpflichtet, die Kosten für Plomben zu tragen. Das Landgericht Berlin hat unterm 4. Mai 1905 nach der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ entschieden, daß ein künstliches Gebiß unter Umständen ein Heilmittel darstellen könne und würde es in dem dem Gerichte vorliegenden Falle auch sein, wenn die Behauptung des Klägers richtig wäre, daß nach dem Gutachten des Sachverständigen das Gebiß zur Heilung von Gesichtsnerven dienen soll; denn dann würde es dazu bestimmt sein, den in ihren Funktionen gestörten Gesichtsnerven die normale Funktionsmöglichkeit wieder zu gewähren. Nach ärztlichem Gutachten ist das Gebiß aber notwendig, da ohne dasselbe beim Kläger Verdauungsleiden und Magenkrankungen eintreten können. Es handelt sich also lediglich um Ersetzung eines verloren gegangenen Organs durch ein künstliches, nicht um ein Heilmittel, sondern um eine Präventivmaßregel. Und solche auf ihre Kosten zu beschaffen, ist nicht Aufgabe der Krankenkassen. Das braunschweigische Verwaltungsgericht hat dagegen kürzlich entschieden, daß die Lieferung künstlicher Gebisse nicht prinzipiell von den Kassen abgelehnt werden dürfe. Demzufolge hat dieses Gericht einem Patienten die Kosten eines Gebisses an Stelle von vier oberen Schneidezähnen, die ihm fehlten, zugesprochen. Durch das Fehlen der Schneidezähne war das Mitglied magenkrank geworden und diesem Uebel konnte nur durch Ergänzung der fehlenden Schneidezähne abgeholfen werden. Allerdings betonte das Gericht noch, daß auch in Fällen dieser Art das Krankenversicherungsgesetz nur sehr vorsichtig angewendet werden müsse; es solle nämlich auch die Möglichkeit gegeben sein, daß das Gebiß bei mäßigem Preise in einer Weise gearbeitet sei, daß kostspielige Reparaturen oder gar baldige Erneuerung nicht zu erwarten seien. Das Plombieren kariöser, überhaupt kranker Zähne, ist in allen Fällen gesetzlich zu gewähren, in welchen die Notwendigkeit desselben zur Beseitigung einer Krankheit ärztlicherseits festgestellt ist. Zum Füllen soll aber nur das billigste Material genommen werden. Mit der Behandlung können bei Zahnleiden außer dem Arzte auch Zahntechniker betraut werden.

Was nun noch die Gewährung der Brillen und Bruch- bänder anbetrifft, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß diese auch nur gewährt werden, wenn ein ärztliches Attest vorliegt. Eintretende Kurzsichtigkeit, Weit-sichtigkeit oder Schwäche der Augen, ebenso die Entstehung des Bruches ist als Krankheit anzusehen und begründet somit den Anspruch auf Lieferung der Brille oder eines Bruchbandes. Wenn der Zustand der Augen oder des Bruches sich ändert, daß eine andre Nummer der Brille oder eine andre Art des Bruchbandes notwendig wird, so soll dies gleichfalls als eine besondere neue Krankheit angesehen und als Heilmittel neu gewährt werden. Somit haben die Mitglieder bei gleichbleibender Krankheit direkt keinen Anspruch auf Erneuerung der Brillen oder Bruchbänder an die Krankenkassen; allerdings können die Kassen auch hier ihren Mitgliedern sehr entgegenkommen und Aufgabe der Kassenvorstände muß es sein, in dieser Beziehung die gesetzlichen Bestimmungen human ausulegen.

Zum Schluß soll bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen werden, daß das Größte und Beste auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung (Prophylaxe) geleistet werden kann. Zur Verhütung der Krankheiten gehört aber auch eine durchgreifende Wohnungsreform und Gewerbe- hygiene. Die Krankenkassen müssen Hand in Hand mit dem Gewerbeinspektor gehen, damit in die Fabriksäle und Werkstätten mehr Licht und Luft hineingebracht wird. Auf die Reinhaltung der Arbeitsräume möge ebenfalls das nötige Augenmerk gerichtet werden. Endlich soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Krankheitsverhütung das Einkommen des Arbeiters eine große Rolle spielt. Je größer das Einkommen, desto bessere Wohnungen können sich die Arbeiter zulegen und ferner, desto bessere und kräftigere Nahrungsmittel können sie sich kaufen. Bei den jetzigen Steuerungsverhältnissen, der herrschenden Fleischnot und der Arzney greift aber bei vielen Familien eine Unterernährung Platz und die Folge davon ist die Belastung der Krankenkassen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist die Agitation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nur zu begrüßen, zumal dadurch die Krankenkassen mit entlastet werden.

Der „schöne Traum“ der Witwen- und Waisenversicherung.

Als Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg am 5. Februar seine sozialpolitische Reichstagsrede hielt, sagte er, daß der „schöne Traum“, mit dem aus der Ley Trimborn von 1902 stehenden Geldern bis zum 1. Januar 1910 eine Witwen- und Waisenversicherung aufgebaut zu können, verfliegen sei. „Das Geld, das wir für diese Versicherung zu haben glaubten, ist nicht da.“

Herr v. Bethmann-Hollweg scheint wenigstens bürgerlichen Abgeordneten gegenüber ein ausnehmend höflicher Mann zu sein, denn anders hätte er zur Kennzeichnung des Schwindels der Ley Trimborn sich etwas kerniger ausdrücken müssen.

Als das Zentrum 1902 den Wuchertarif schaffen half, mußte es sehr wohl, daß die katholischen Arbeiter mit beträchtlichem Unwillen beobachteten, wie die von ihnen gewählten Abgeordneten die Interessen des Junkertums förderten. Es galt daher, diese Arbeiter zu beruhigen.

Gestützt auf eine Neuherausgabe des Reichstagslers Grafen Bülow vom 5. Mai 1901, wonach die Mehreinnahmen aus den künftigen Zollerhöhungen für Wohlfahrts-einrichtungen im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsklassen verwendet werden sollten, stellte der Abgeordnete Trimborn im Namen des Zentrums einen Antrag, der in folgender Fassung im Zolltarif- gesetz vom 25. Dezember 1902 Aufnahme fand:

„Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reichs entfallende Nettozollertrag der nach den Tarifstellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 107a und 160 (Zölle für Roggen, Weizen, Vieh und Mehl) des Zolltarifs zu verzollenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisen- versicherung zu verwenden.“

Als die Ley Trimborn im Reichstage zur Beratung stand, bedeutete die Sozialdemokratie den Zollwärtigen sofort, daß sie von diesem Pflästerchen gar nichts hatte. Ihr Redner, Abg. Molkenbühr, wies darauf hin, daß Freiherr v. Stumm die Witwen allgemein ähnlich gestellt haben wollte, wie die „Unfall- wittwen“. Dann würden bei den reichlich 8 Millionen Personen, die in Frage kämen, rund 400 Millionen Mark erforderlich sein. Molkenbühr sagte weiter nach dem amtlichen stenographischen Bericht:

„In der Kommission, wie dies ja auch im Bericht er- wähnt ist, wurde vorgeschlagen, daß man der Witwe 100 Mk. und jedem Kinde 33 1/3 Mk. oder aber der Witwe 80 Mk. und jedem Kinde 40 Mk. geben solle; das heißt also, daß wir auf jede Witwe 1,7 Waisen rechnen können, so würde durch- schnittlich eine Person im ersten Falle 58,02 Mark und im zweiten Falle 54,81 Mk. erhalten, also 16 resp. 15 Pfg. pro Tag. Ja, können Sie damit irgendeine Witwe oder Waise ernähren?“

Wenn der Herr Staatssekretär diese und die weiteren Aus- führungen des stenographischen Berichts nachliest, dann wird er, wie wir hoffen, zu der Ueberzeugung kommen, daß bei der Sozialdemokratie von einem schönen Traum nie und nimmer die Rede war; sie warhte vom ersten Augenblick an, daß es sich bei der Ley Trimborn um Augentäuschung und nichts weiter handelte.

Die „christlichen Gewerkschaftsführer“ sind mit dem An- trag Trimborn seit Jahren agitierend im Lande herumstolzert, und nun sehen sie die Enttäuschung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Staat und Kohlenproduktion in Oesterreich. — Deutsche Börsen und Vohrgesellschaften. — Die Eisenbranchen. — Fahrrad- vereinigung. — Amerika.

Der Staat, mag er noch so kleinnützig und schwächlich sein, kann sich ein Eingreifen in die Kohlenproduktion in vielen Ländern nicht mehr erlauben. Die Gesamtheit des industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmertums lehnt sich hier gleichsam, von anderen Interessen ganz abgesehen, gegen ein überwucherndes Glied, gegen den gemeinsamen Schaden der privatmonopolistischen Brennstoffverteilung, auf. Aber immerhin hat eine Kräfte nicht gerne der andern ein Auge aus; die Lendenlahmheit und Halbheit der meisten Vorstöße er- klärt sich vielfach daraus.

Einen neuen charakteristischen Anlauf unternimmt soeben die österreichische Regierung, nur daß hier bei der Schwie- rigkeit der parlamentarischen Verhältnisse das Endergebnis vollends nicht vorauszusagen ist. Nach einer Uebergangskriste von drei Jahren soll in unserm Nachbarreiche alles noch uner- fahres zurückzuführen, deren Gesetze zu entdecken des For- schens letztes Ziel sei.

Die Chemie löst die unendliche Mannigfaltigkeit der Stoffe in eine begrenzte Zahl von Elementen auf. Sie entdeckt, daß die Eigenart der Elemente eine Funktion ihrer Atomgewichte ist. So bringt sie die Elemente in eine geordnete Reihe; sie ordnet die Elemente einem höheren Begriff unter als dessen durch das Atomgewicht bestimmte Arten.

Dieses Streben der Wissenschaft ist dem menschlichen Bewußtsein angeboren. Sein Keim ist in dem primitivsten Kausal- urteil enthalten. Aber zur Entfaltung konnte es erst kommen, als eine ungeheure Umwälzung der menschlichen Daseinsweise das überlieferte Weltbild gerstört und die im menschlichen Bewußtsein schlummernde Neigung durch den tosenden Sturm, der den Umbau des ganzen Gesellschaftsgebäudes begleitet, aus Jahrhundert währendem Schlaf erweckt hat. Mit den gewaltigen Umwälzungen im Zeitalter des Frühkapitalismus hebt die Entwicklung der modernen Naturwissenschaft an. Sie hat sich ein Gebiet nach dem andern erobert, bis sie an der Schwelle des modernen Kapitalismus das Leben selbst, das Leben der Arten und das Gesellschaftsleben der Menschen sich unterworfen hat. Das Streben nach der Schöpfung des Naturmechanismus er- obert sich in der Arbeit Darwins und Marx' zwei neue Reiche. Darwin führt die unübersehbare Mannigfaltigkeit der Arten zu- rück auf das elementare Substrat des organischen Lebens, das nach wenigen einfachen Gesetzen im Kampfe ums Dasein aus- sich heraus die vielen verschiedenen Arten der Tier- und Pflan- zenwelt hervorbringt. Marx führt die unendlich vielen Ge- stalten der sozialen Beziehungen, des Staats- und Rechtslebens, der wissenschaftlichen und religiösen Vorstellungen, der Urteile über das Gute und Schöne zurück auf das elementare Substrat der Seele des bergesellschafteten Menschen, die nach bestimmten Gesetzen mit der Wandlung der Produktivkräfte aus sich heraus jene mannigfachen Formen unfreies Kulturlebens erzeugt. Beide haben es nicht mit dem Substrat zu tun, das ihnen als das Dauernde im Wechsel der Erscheinungen erscheint. Darwin fragt nicht nach dem Geheimnis des organischen Lebens; Marx über- läßt die Erforschung der allgemeinen und im Laufe der Ge-

Marx und Darwin.

Im Wiener „Kampf“ zieht Otto Bauer zwischen den beiden großen Forschern eine Parallele, aus der wir den einleitenden Teil mitteilen:

Vor fünfzig Jahren, im Januar 1859, hat Karl Marx das berühmte Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie geschrieben, das in wenigen knappen Sätzen den Grundgedanken seiner Geschichtsauffassung in heute noch unüberzoffener Weise zusammenfaßt; Marx hat es seiner Analyse der Ware und des Geldes vorausgeschickt, auf die er später das große ökonomische System des Kapitals aufgebaut hat.

Im November desselben Jahres ist Darwins Entdeckung der Arten erschienen. Auf eine Fülle von Einzelthaten ge- stützt, hat Darwin durch die Kühnheit und Folgerichtigkeit seiner Schlüsse alle Vorgänger in den Schatten gestellt und der Biolo- gie für Jahrzehnte ihre Bahn vorgezeichnet.

Schon einzelne Zeitgenossen erkannten die Verwandtschaft von Darwins und Marx' Werk. Heute können wir ein halbes Jahrhundert ihres Wirkens überschauen; was beiden gemein ist, tritt nun deutlich hervor.

Das Jahrzehnt, in dem die Grundgedanken beider Werke gereift sind, war eine Zeit überaus schneller Entwicklung des Kapitalismus. In diese Zeit fällt die schnelle Ausdehnung der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt, die Entdeckung reicher Goldlager in Kalifornien, Australien und Neuseeland, die Grün- dung des Credit mobiler und Credit foncier, die Massenaus- wanderung nach Amerika; es war dies jene Zeit der Hochkon- junktur, die in der verheerenden Krise des Jahres 1857 ihr Ende fand. Der Staat stellte sich überall in den Dienst dieser Entwicklung. In England ließ W. C. Gladstone von dem ganzen Zolltarif nur 48 Zölle bestehen; die britischen Truppen sicherten dem Kapital durch die Niederwerfung des indischen Aufstandes und durch ihre Siege in China ungeheure Absatz- märkte. In Frankreich förderte Napoleon III. die kapitalistische Entwicklung durch große öffentliche Arbeiten. Cabour bereitete Italiens Einigung vor. In Deutschland und Oesterreich wurde

die Entwicklung des Wirtschaftslebens durch die Bauern- befreiung, durch die Verwaltungsreformen, durch große Eisen- bahnbauten, durch die Zollverträge gefördert. So strebte das Bürgertum mächtig empor. Die bürgerliche Denkweise be- herrschte das Geistesleben; aber das Bürgertum war seit den Tagen des Chartismus, der Junischlacht, der Oktoberrevolution ein andres geworden. Der idealistische Nationalismus, dem alles Historische nichtig war, der den Staat und die Gesellschaft nach seinen Begriffen umschaffen wollte, schwand dahin; von den historischen Staatsgewalten besiegt und doch gefördert, des Auf- stieges seiner Wirtschaft froh, stellte sich das Bürgertum mit beiden Füßen auf den Boden der Tatsachen. In diesem Jahr- zehnt entstanden in Deutschland die Elemente nationalliberaler Realpolitik. Der Realismus herrschte in der Literatur und in den Künsten. Die Naturwissenschaft bestimmte das Denken der Gebildeten. Die klassische Philosophie wurde vom naturwissen- schaftlichen Materialismus abgelöst. In diese Zeit der Triumphe des naturwissenschaftlichen Denkens fällt die Ent- stehung von Marx' Kritik der politischen Ökonomie und Dar-wins Entdeckung der Arten. Die Methode der modernen Wis- senschaft, im Ausbau der Naturwissenschaften ausgebildet, er- obert sich in diesen Werken zwei neue fruchtbarere Provinzen.

Die moderne Naturwissenschaft ist von dem Streben geleitet, alle qualitative Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Welt unserer Erfahrung auf die von einheitlichen Gesetzen beherrschte, mathematisch erfassbare Bewegung eines elementaren Substrats zu beziehen. Diese Gesetze aufzusuchen, aus ihrem Zusammen- wirken jene konkrete Erscheinung zu erklären, ist die Aufgabe des Naturforschers.

Die Mechanik hat alle qualitative Mannigfaltigkeit der Körperwelt aufgehoben in ihrem einzigen Dingbegriff, dem Ge- griß der Masse, und sie versucht es, alle die verschiedenen Ge- setze, denen die Bewegung der Masse folgt, einem obersten Grundgesetz unterzuordnen.

Demselben Ziel sucht sich die Physik zu nähern. Sie be- greift das Licht und den Schall als Bewegungen von Massen. Und im Bewußtsein fühner Forscher entsteht der Gedanke, es seien alle physikalischen Erscheinungen auf Bewegungen des

schlossene Vorkommen von Stein- und Braunkohle dem Staate gehören, der bisher in Oesterreich — in der entscheidenden früheren Zeit wohl infolge der schlechten Finanzen, die jahrzehntlang sogar zur Abjohlung von Staatsbesitz aller Art führten — auf diesem Gebiete kaum noch Fuß gefaßt hatte. Ueber Steinkohlegrubenbesitz verfügte er bisher überhaupt nicht, und von Braunkohle besaß er nur die ärarischen Julius-schächte im Brüxer Revier, die jährlich gegen 10 Millionen Doppelzentner Ausbeute liefern. In Zukunft sollen zwar die bereits heute in Gang befindlichen Bergbaue, Zechen und Schächte vom Privatkapital wie vordem weiter betrieben werden dürfen. Das bereits erworbene Recht auf Freischürfe muß jedoch binnen dreier Jahre, unter Umständen sogar binnen dreier Monate, ausgeübt werden und zum Nachweis vorhandenen Kohlenvorkommens führen. Darüber hinaus jedoch fallen alle neuen Kohlenlieferquellen dem Staate anheim, wobei allerdings, nach österreichischer Gewohnheit, wohl vielfach nicht an entsprechend ausgebeuteten eigenen Staatsgrubenbetrieb, sondern an Weiterverpachtung der Ausbeutung gedacht ist. Wir hätten hier also eine Wiederholung, und zwar eine ganz wesentliche Wiederholung der Vorgänge, die dem preussischen Staate für zehn Jahre das Recht der Mutung auf ein räumlich begrenztes Ausmaß von Grubenfeldern zu sichern strebt.

Selbst der äußerliche Erfolg dieses Schrittes ist bei der abermaligen Stodung des parlamentarischen Lebens in Wien noch keineswegs zu übersehen. Trotzdem nahm die Börse eine regere Tätigkeit der Börsengesellschaften während der noch freien Uebergangszeit bereits in manchen recht seltsamen Kurssteigerungen vorweg. Man sagte sich, daß während der Karenzzeit das Privatkapital alles nur Mögliche tun wird, um Kohlenlager wirklich nachzuweisen und zu erwerben. Aber nur aus den zuletzt üblich gewordenen Gausstreiberereien ist es ersichtlich, wenn eine vor anderthalb Jahren fast verachtete Unternehmung, wie die neuerdings in Oesterreich interessierte Tiefbohrergesellschaft Lapp, an einem Tage ihre Aktien um 32 Prozent steigen sehen konnte. Zwar soll die Gesellschaft vorwiegend galizische Oeltrains zu Bohrzwecken erworben haben, als sie nach der Annahme des preussischen Vergesezes an neue Vorbeeren in der alten Heimat nicht mehr recht denken konnte; aber es überwiegt trotzdem die phantastische Erwartung, die österreichische Novelle werde auch dieser Gesellschaft in den nächsten drei Jahren ein profitierendes neues Wirkungsfeld eröffnen.

Mehrlach wirkten die, im Grunde gleichfalls noch recht nebelhaften Frühjahrshoffnungen für das Baugewerbe befehdend auf eine ganze Reihe von Börsenwerten, selbst wenn deren Zusammenhang mit der Bautätigkeit ein sehr loser ist. Ueberbesserliche Optimisten sprachen bereits von einer Hebung der Umsätze und Bestellungen in Formeisen, und hieraus leiteten sie wiederum günstige Erwartungen für die Mehrzahl aller Eisenbranchen ab. Unverbürgte bessere Januarverhandlungsziffern des Stahlwerksverbandes, neben Formeisen auch Eisenbahnmaterial betreffend, mußten dieser Stimmungsmache zu Hilfe kommen. Vorläufig reden jedoch die Tatsachen noch eine ganz andre Sprache. So bestanden Anfang Februar an der Düsseldorf-Produktenbörse die eingetretene Preisänderungen fast ausschließlich in Abschwächungen, nur Flußeisenlechte erfuhr eine kleine Befestigung. Es änderten sich nämlich, unter Beifügung des jetzigen und des vorangegangenen Preises: Spiegeleisen 64—67 Mark (gegen vorher 65—68 Mark), Qualitätspuddelstahl, rheinisch-westfälische und Siegerländer Marke, 58—59 Mark (58—60 Mark), Stahlblech 58—61 Mark (58—62 Mark), Thomaseisen 49—49.80 Mark (49 bis 51.20 Mark), Luxemburger Puddelseisen 45—46 Mark (45 bis 46.40 Mark), Bleche aus Flußeisen 106—112 Mark (107.50 bis 112.50 Mark), Kesselbleche aus Flußeisen 116—122 Mark (116—120 Mark), Spezial Stabeisen, obwohl dessen Herstellung mehr Arbeit erfordert, steht im Preise etwa 10 Mark noch unter den Trägern, die von den Maschinenwerken ohne erheblichen Arbeitsaufwand produziert werden können. Dieses bezeichnende Mißverhältnis wird darauf zurückgeführt, daß der Stahlwerksverband seinen Mitgliedern das fehlende Arbeitsquantum in A-Produkten eventuell durch verstärkte Erzeugung von B-Produkten auszugleichen gestattete — ein Verfahren, das lediglich die Sicht von dem einen Bein mehr in das andre trieb. Die unter der Führung von August Thyssen wieder aufgenommenen Bestrebungen, eine deutsche Stabeisenkonvention zustande zu bringen, scheinen noch weit vom Ziele entfernt, wie überhaupt die vielgestaltigen B-Produkte von jeher der einheitlichen Syndikatsregelung aussergewöhnliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben. Im Anschluß an die letzte Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde jedoch eine Kommission gewählt, welche die Frage der Begründung eines Stabeisenverbandes weiter verfolgen soll.

Bei manchen der bestehenden Konventionen sind die inneren Gegensätze durch die Abgaberelegenheiten schärfer entzweit worden. So konnte die Vereinigung deutscher Fabrikanten, ursprünglich bis zum 30. April 1909 abgeschlossen, vorläufig nur auf acht Wochen verlängert werden. Von den etwa 60 in Deutschland bestehenden Werken gehören 35 dem Verbande an, der vor allem den Schleuderverläufen ein Ende bereiten sollte, der aber weiter noch mit Lieferanten Abkommen abschloß, um den Konventionsmitgliedern bestimmte Vorzugspreise zu verbürgen. Die Konventionsstrafe für jede unter den vereinbarten Mindestpreisen abgeschlossene Fahrablieferung war sehr hoch, auf 20 000 Mark, festgesetzt; sie scheint sehr ungleichartig gewirkt zu haben und mehrere Prozesse, die zum

Teil noch der Erledigung harren, legen gerade kein günstiges Zeugnis für das Solidaritätsbewußtsein und die Aufrichtigkeit der Beteiligten ab; dazu scheint das Außenverhalten, obwohl kaum viel über 10 Prozent der Gesamtproduktion an Fahrträdern umfassend, neuerdings wieder eine ernsthafte Gefahr zu werden. Andererseits mahnt die Depression zu größerer Selbstbeschränkung, so daß ein vollständiges Auseinanderfallen des Kartells als wenig wahrscheinlich angesehen wird.

Wollte man Amerika und vor allem die dortige Eisenproduktion als ausschlaggebend für die nächste europäische Wirtschaftsentwicklung betrachten, so müßte man den Optimismus noch mehr einschränken. Bisher unterboten drüben nur kleinere Stahlfirmen die offiziellen Preise. Neuerdings sollen immer mehr namhafte größere Produzenten zu Schleuderabschlüssen gezwungen haben, so daß gerade der maßgebende Stahltrakt die Befürchtung hegt: entweder die Preisdifferenz werde den unabhängigen Außenseitern die Abnehmer mehr und mehr zutreiben, oder das letzte Preisniveau werde sich allseitig nicht mehr halten lassen. Im Verhältnis zur Erzeugung von Roheisen hat die Produktion von Stahlschienen den niedrigsten Stand seit 1904 erreicht. Es wurden 1908 11,5 Prozent der Roheisenproduktion für Stahlschienen beansprucht, im letzten Vorjahre 1904 dagegen 13,8 Prozent, im Depressionsjahre 1900 noch immer 17,3 Prozent.

Berlin, 12. Februar 1909. Max Schippel.

Korrespondenzen

Baubeu. (Betriebsmißstände.) Die Firma Robert Berndt Söhne, durch ihr Benehmen gegen die Arbeiter schon lange bekannt, sucht in bürgerlichen Mäthern fortgesetzt Steinmetzen. Das hat seine Ursache darin, daß kein Arbeiter lange aushält. Wir möchten deshalb jedem Arbeitssuchenden raten, sich vor Annahme von Arbeit genau zu informieren, damit er vor unlieb-samen Enttäuschungen bewahrt bleibe. Zunächst hat der Neuan-tretende eine Arbeitsordnung zu unterschreiben, durch die er sich wichtiger Rechte begibt. „Pflicht“ und „Verpflichtung“ legt ihm ein Paragraph nach dem andern auf, aber von Rechten keine Spur. Die Lohnzahlungen sind für den Anfänger ungenügend. Von Montag der einen Woche bis Sonnabend der nächsten Woche wird gearbeitet, dann erfolgt Abnahme, endlich Donnerstag in der dritten Woche Auszahlung. Gearbeitet wird in wildem Afford. Kommt dann einem Arbeiter der Preis für ein fertig gearbeitetes Stück zu niedrig vor und sagte er, daß es anderswo mehr dafür gibt, dann heißt es: Das bestimmen wir, was es gibt. Wems nicht paßt — wir halten niemanden! Die Löhne sind niedrig; zum Beispiel gibt es pro Meter vierseitig vollgearbeitete Stufen mit Stab 4 M. Bruchmeister Neumann, ein früherer Kleinmeister aus Cunevalbe, trägt mit seinem ganzen Können dazu bei, die Preise vollends auf den Hund zu bringen. Auch die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten läßt viel zu wünschen übrig. Das schönste ist die Frühstücksbude der Steinmetzen. Zu Heir, ohne festen Fußboden, finster, dreißig und zugig im höchsten Grade: in einem solchen Loch müssen 20 Mann ihre Maßregeln einnehmen. Viele der Mängel könnten bei einigem Entgegenkommen der Firma leicht aus der Welt geschafft werden. Aber das kennen die Herren nicht. Hier ist die Arbeiter-schaft auf sich selbst angewiesen, wenn es anders werden soll. Mann für Mann muß der Organisation beitreten. Nur im Zusammenhalt schafft sich die Arbeiterschaft das Mittel, die Zustände selbst zu bessern. — Der Gewerbeinspektion empfehlen wir einen Besuch, besonders der Frühstücksbude. Der Rat der Stadt aber, in dessen Auftrag die Firma baut, sollte die Verpflichtung in sich fühlen, darauf zu halten, daß die Firma ihren Arbeitern das zutun läßt, was ihnen gebührt.

Bühlerthal. Am 7. Februar fand im Gasthaus zum Wolf bei Ammensheit des Kollegen Weindl-Kappelrodt eine Steinmetz-arbeiterversammlung statt. Weindl eröffnete die Versammlung und gab zunächst die Abrechnung des 4. Quartals 1908 bekannt, woran sich eine allgemeine Diskussion folgte. Dann wurde von einigen Kollegen der übermäßige Alkoholenuß kritisiert. (Siehe Artikel in Nr. 6 des „Steinarbeiter.“) Ueber diesen Artikel scheinen sich gerade diejenigen Kollegen besonders aufgeregt zu haben, welche dem Alkohol am meisten frönen, und denen der Verband ziemlich gleichgültig, ja man könnte sagen, Rebenjache ist. Da wird gefossen und gepielt, zwei bis drei Tage „blau“ gemacht und die letzten paar Tage in der Woche wird darauf losgehauen und eine Arbeit gemacht, die man gar nicht ansehen kann. Reklamationen sind nicht selten; werden aber von seiten des Meisters zurückgewiesen mit dem Bemerkten: „Liefert mir andre Arbeit, dann könnt ihr's Maul aufsperrn.“ Auch über die Wohnungsverhältnisse im Bruch wurde gesprochen, welche, wie behauptet wurde, nicht gerade die besten sein sollen. Meister Contini, welcher auch anwesend war, protestierte gegen die Veröffentlichung. Die Kollegen sind nun auch der Meinung, daß sich in der Baracke wohnen läßt. Aber nach Tarif zu bezahlen, das hat Herr Contini vergessen. Von einem Stück zu spalten oder abzustößen, ist überhaupt keine Rede mehr; übrigens kann man noch 1 bis 2 Stunden herumlaufen, bis man einen Brocken findet. Es wurde dann noch verschiedenes besprochen. Als ein Verbandsmitglied nach der Versammlung ruhig nach Hause ging, wurde ihm von einem Nichtorganisierten ein Stein an den Kopf geworfen. Unser Kollege mußte das Krankenhaus in Bühl aufsuchen.

Dennoch mußte die Kühnheit des Versuches die Zeitgenossen verblüffen. Denn die Gesehswissenschaft mußte ihre Herrschaft auf das offensichtlich zeitliche, historische ausdehnen, ehe die Menschen sich dessen bewußt werden konnten, daß auch die „ewigen ehernen Gesehe“ des Naturgeschehens an ein schlechthin gegebenes, also historisches, wenn auch für uns immer und überall gegebenes Substrat gebunden sind, ein historisches Element einschließen.

Die Entwicklungs-gesehe erschienen zunächst — und erscheinen den meisten noch heute — als Gesehe besonderer Art. Die Wissenschaft mußte erst Gesehe von dem ewig sich wandelnden Leben entdecken, ehe sie erkennen konnte, daß die Einsicht, daß ein Lebewesen sich unter bestimmten Bedingungen nach einer bestimmten Richtung hin entwickelt, oder die Erkenntnis, daß unter bestimmten gesellschaftlichen Beziehungen physische Kräfte ausgelöst werden, die neue gesellschaftliche Beziehungen erzeugen, nicht anderer Art ist als das ihr längst vertraute Geseh, daß das Fortentwickeln einer Kraft eine Bewegung mit einer bestimmten Geschwindigkeit in eine Bewegung mit größerer Geschwindigkeit übergehen läßt, — mag auch die Bedingung, an die das Geseh die Wirkung knüpft, dort nur einmal im Laufe des Welt-geschehens, hier immer wieder und überall eintreten.

Was seit der allmählichen Zerbrechung des alten religiösen Weltbildes die Philosophie vergeblich versucht hatte, was selbst in Hegels kühnem Bauplan mißlungen war, ward nun in der Wissenschaft verwirklicht. Darwin hat die Spezies Mensch als eine Phase in der gesehsmäßigen Entwicklung des organischen Lebens begriffen. Marx hat sich und uns die Aufgabe gestellt, zu erforschen, wie aus dem Daseinskampf der Menschheit in der Natur die einzelnen Gestalten des menschlichen Kulturlebens hervorgehen, von der unmittelbaren Arbeit zur Erzeugung unseres Lebensunterhaltes bis zu den zarlichsten Blüten der Wissenschaft und Kunst, die von allem wirtschaftlichen Interesse losgelöst sind, keinem wirtschaftlichen Interesse dienen und doch immer nur aus jener konkreten Gestalt der Psyche des ver-gesellschafteten Menschen hervorgehen, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Arbeitskräfte und Arbeitsmittel, der Waffen im Daseinskampf der Menschheit in der Natur ausse-

Karlruhe. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 30. Januar statt. Der Kassierer, Kollege Güllinger, erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal 1908. Die Einnahmen betrugen 505.49 Mark, die Ausgaben 319.84 Mark, somit blieb ein Kassenbestand von 185.65 Mark. Außerdem hatte Kollege Güllinger eine Zusammenstellung für das ganze Jahr gemacht, und die Schlussummen waren: Einnahmen 1506.05 Mark, Ausgaben 1320.40 Mark. Aus dem Jahresbericht ging auch hervor, daß hier an Orte im verfloffenen Jahre etwas über 200 Mark an Krankenunterstützung ausbezahlt wurden. Eine ganz schöne Summe, wenn man bedenkt, daß hier nur ein Teil von den Kollegen den Weg zum Verbarde gefunden hat. Von den Revisoren wurde die tadellose Kassenführung rühmend hervorgehoben und Entlastung beantragt, die auch einstimmig erteilt wurde. Nachdem der Vorsitzende den Kassenbericht erstattet hatte, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Wieder-gewählt wurde als Vorsitzender Kollege Lugmair und als Kassierer Kollege J. Güllinger. Als Schriftführer wurde neu-gewählt Kollege F. Amst. Revisoren wurden die Kollegen Stein, Buchholz und Degenhardt. Als Statistiker wurde Kollege Steiner wiedergewählt. Beim Punkt Verschiedenes gab es eine längere Debatte über die Mißstände auf den hiesigen Wert-plätzen.

Wildemann (Harz). Unsere Mitgliederversammlung am 6. Februar war sehr stark besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Buchführung muß eine musterhafte genannt werden. In der letzten Zeit sind viele Kollegen aus dem Verband ausgetreten, dieses wurde sehr schärf gerügt. Bei uns sind die Arbeitsverhältnisse noch recht schlecht; wer soll diese bessern, wenn unser Verband nicht eingreift? In anderen Orten haben die Granitarbeiter den Wert des Zusammen-schlusses erkannt, das zeigen die vielen Tarifabschlüsse, die sie erzielen. Hier im Oertal dagegen können wir uns eines solchen Fortschritts noch nicht rühmen. Hoffentlich bringt uns die Zukunft im Harzer Steinbruchgebiet unter den Kollegen die volle Einigkeit.

Es ist unabweisbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder Versammlung zu erscheinen. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit oder andere wichtige Vorkommnisse.

Literarisches.

B. Kulemann, Die Berufsvereine. Drei Bände zusammen 20 Mark. Verlag G. Fischer, Jena. Das Werk erlebte jetzt seine 2. Auflage; die Umarbeitung ist eine gründliche, der 3. Band kam neu hinzu. Der Verfasser hat ein geniales Geschick entwickelt, das umfangreiche Material zu sammeln und dementsprechend zu gruppieren. Diesmal zeigten sich auch die Arbeitgeberverbände mit der Ueberweisung von Material etwas spendebider; im Vorwort der 1. Auflage beglückwünschte Kulemann dieselben als wahre Geheimgesellschaften. — Natürlich kann nicht über jed Berufsorganisation eine eingehende Schilderung gegeben werden; aber der Interessent wird schon dankbar anerkennen, wenn ihm eine kurze Darstellung dieser oder jener Organisation gegeben wird. Schönen wir den 1. Band auf, so marschieren unter dem Titel: Die Organisation der Arbeiter-nnehmer sofort die Pfarrervereine auf. Eine solche Ein-zangierung mag mancher als komisch empfinden, aber wer die aufgestellten Leitsätze der Pfarrervereine studiert, wird finden, daß die Herren Seelsorger in erster Linie für eine bessere materielle Dotierung, die nur ihnen zugute kommt, eintraten. — Mit wenigen Worten sei der Unternehmerorganisation in der Steinindustrie gedacht. Die Steinmetzmeister gründeten im Jahre 1875 den Verein der Inhaber von Steinmetzgeschäften in Deutschland. Als die Fachvereine der Steinmetzen üppiger ins Kraut schossen, mußte eine straffere Unternehmerorganisation geschaffen werden, und so wurde 1885 der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte gegründet. Der Mitgliederbeitrag beträgt 5 bis 140 Mark. Auch können die Mitglieder in Strafe genommen werden; die Schranke bewegt sich zwischen 10 und 100 Mark. Der Verbandsvorstand der Steinmetzmeister hat aber Kulemann verschiedentlich falsch berichtet. Es ist unrichtig, wenn Kulemann, gestützt auf Unternehmerinformation, schreibt, daß dank der Stärke des Steinmetzmeisterverbandes 1889 der Fachverein der Berliner Steinmetzen aufgelöst wurde. Nein, das brachten die Unternehmer nicht zuwege, im Gegenteil, nach dem Berliner Streit herrschte unter den Fachvereinsmitgliedern erst recht eine große Einigkeit. Falsch ist auch, wenn es heißt, daß 1898 in Pirna und Bunzlau die Steinmetzen den bestehenden Tarif verletzten (!) und in den Streit traten. Richtig ist, daß die Steinmetzen des Bunzlauer Gebiets im Juli 1899 (also nicht 1898) wegen Tarifbruchs der Unternehmer in den Streit traten, und daß dann in Pirna und Dresden etwa 1200 Steinarbeiter ausgesperrt wurden. Die Unternehmer begingen also auch in den beiden Städten einen äußerst groben Tarifbruch. Das bloß als Korrektur, damit die Tatsachen nicht auf den Kopf gestellt werden. Diese Fehler kann man natürlich dem Verfasser (Kulemann) nicht antreiben; wir wollten bloß die tendenziöse Berichterstattung unternehmerischer Herbocheben. Das Kulemannsche Werk als Ganzes genommen, mag dahin regeniert werden, daß es in der Gewerkschaftsliteratur einen dauernden Platz einnehmen wird. Dabei können wir noch hervorheben, daß wir dem Verfasser, soweit er kritische und theoretische Bemerkungen anknüpft, nicht immer folgen können.

schichte unveränderter Gesehe des menschlichen Seelenlebens dem Psychologen. Beide forschen vielmehr nach den Gesehen der Bewegung, der Entwicklung ihres Substrats. Darwin zeigt, wie die natürliche und geschlechtliche Zuchtwahl, die Wirkungen des stärkeren oder schwächeren Gebrauches der Organe und die unmittelbare Anpassung an äußere Lebensbedingungen aus dem Urfloß des organischen Lebens immer neue Gestalten erzeugen. Marx zeigt, wie die Wandlungen im Daseinskampf der Menschheit in der Natur, die Wandlungen der Produktivkräfte in dem Urfloß des sozialen Lebens, in der Seele der gesellschaftlich lebenden Menschen, immer neue Erscheinungen auslösen, die sich in Veränderungen der Sitte, des Rechtes, des Staates, in neuen Gestaltungen der Religion, der Kunst, der Wissenschaft, in neuen sittlichen Beurteilen objektivieren. So erscheint bei der Welt als eine neue Eroberung in dem siegreichen Feldzug des Menschengeistes, nicht nur in ihrer Tragweite vergleichbar, sondern auch in ihrer Methode nahe verwandt jenen andern Erzeugnissen, die die Mechanik durch die Schöpfung des Begriffs der Masse, die Physik durch die Erklärung des Schalles als einer Luftbewegung und des Lichtes als einer Aetherbewegung, die Chemie durch die Aufstellung der geordneten Reihe der Elemente gewonnen hat.

Marx und Darwin haben das Reich der Wissenschaft ausgebeutet mit denselben Waffen, die vor ihnen die Begründer der modernen Mechanik, Physik, Chemie geschaffen und geführt hatten. Und doch erschien es als etwas durchweg Neues, unerhörtes Kühnes, was sie getan.

Die Mechanik, die Physik, die Chemie handeln von einer seienden, dauernden Welt; ihre Gesehe scheinen zeitlos zu gelten. Darwin und Marx erforschen das Reich der fortwährenden Umbildung, Umgestaltung, Erneuerung. Das ist nun freilich kein Unterschied für den Logiker; denn die Gesehe der Mechanik und Physik haben nicht in anderer Weise zeitlose Geltung als die der Lebens- und der Gesellschaftswissenschaft: beide gelten, solange ihr Substrat besteht. Die Gesehe der Optik gelten, wo immer und solange die Erscheinungen des Lichtes erfahren werden; und Marx' Gesehe des Kapitalismus gelten, wo immer und solange es eine kapitalistische Produktionsweise gibt.

bildet worden ist. So wurde die Entstehung der Menschheit und die Entwicklung des Kulturlebens als ein Teil des gesamten Naturprozesses begriffen. Indem der Mensch zum Gegenstand der Naturwissenschaft wurde, erkannte er sich selbst als einen Teil der Natur. Darin spiegelt sich die daseinsfrohe Stimmung des Zeitalters, in dem die technische Revolution die Herrschaft der Menschheit über die Natur gestärkt, in dem der Staat in die Dienste der bürgerlichen Wirtschaft getreten war, in dem das Bürgertum die alten Tafeln zerbrochen, sich von Lebensfremdem Idealismus und lebensfeindlicher Afsese abgewendet hat. So erschienen den Zeitgenossen Darwins und Marx' Lehren als Bausteine zu dem Gebäude einer naturalistischen Weltanschauung, an dessen Aufrihtung ihr Zeitalter schaffensfrohe arbeitete.

Aber diese innere Verwandtschaft beider Denkrichtungen hat viele verleitet, sie in allzu enge Beziehung zueinander zu setzen. Bald hat man die materialistische Geschichtsauffassung als eine notwendige Konsequenz der Abstammungslehre, als ihre Anwendung auf das gesellschaftliche Leben angesehen, bald wieder Marx' Lehren mit Argumenten aus Darwins Rüstkammer widerlegen zu können geglaubt: Freund und Feind haben oft erkannt, daß Darwin und Marx dem Denken Richtlinien gezeigt haben, die in verschiedenen Ebenen menschlichen Wissens liegen; sie kreuzen einander in der Schnittlinie beider Ebenen, aber vom Kreuzungspunkt in verschiedenen Ebenen fortlaufend, berühren sie einander nicht mehr.

Apophorismen.

Der Dilettant glaubt den Kunstgesehen wie ein Sklave untertan sein zu müssen, während der echte Künstler sie wie ein mächtiger Souverän beherrscht.

Durch Mut und Unerbittlichkeit erreicht man mit kleinen Mitteln große Zwecke.

Auf jedem Gebiet ist am schwierigsten die Erforschung der Anfänge